

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

Der Funke erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2,- Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: P 7, Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 153 B

BERLIN • Sonnabend, den 2. Juli 1932

1. JAHRGANG

Die Quellen des Bürgerkrieges. Herrenklubs, Regierungen und Arbeiterschaft.

W—er. Der Demokratische Zeitungsdienst veröffentlicht ein Rundschreiben des Deutschen Herrenklubs an andere „politisch und gesellschaftlich einflussreiche“ Herrengesellschaften, das wir hier veröffentlichen und für dessen Echtheit wir ihm selbstverständlich die Verantwortung überlassen müssen. Der Inhalt des Schreibens ist allerdings so, daß es jedenfalls gut echt sein kann.

Rundschreiben.

Nr. 5/1932.

Anliegend übersende ich eine Auswahl von Pressemitteilungen, in denen die Bildung der neuen Reichsregierung mit der Arbeit des Deutschen Herrenklubs und des Ringes in Verbindung gebracht wird. Unsere Freunde werden selbst wissen, was an diesen Darstellungen Dichtung und Wahrheit ist. Zum Tatsächlichen ist zu bemerken,

daß von den Mitgliedern des neuen Kabinetts der Reichskanzler selbst Mitglied des Direktoriums des DHK ist, und daß sowohl Herr VON BRAUN wie Herr VON GAYL ebenfalls Mitglieder des Klubs sind. Reichswehrminister VON SCHLEICHER gehört einem mit uns im Gaat-Verkehr stehenden Klub an, und der neue Reichsfinanzminister verkehrt ebenfalls häufiger bei uns.

Unsere Gesamtbeurteilung des Kabinetts VON PAPAN wollen die Herren aus dem „Ring“ entnehmen. Vielleicht interessiert es aber, außerdem die Rundfunkrede kennenzulernen, die Herr VON GLEICHEN am Abend nach Beendigung der Kabinettsbildung gehalten hat. Ebenso füge ich einen Brief in Abschrift bei, mit dem Herr VON GLEICHEN einem bekannten Publizisten, der zur Zeit im Ausland weilt, seine Beurteilung der Lage geschrieben hat.

Bei den kommenden Reichstagswahlen wird es gerade für die uns nächststehenden Kreise schwierig sein, sich für eine der bestehenden parlamentarischen Parteien zu entscheiden. Um so wichtiger ist die Aufgabe unseres Kreises, im Lande Verständnis zu erwecken für die Notwendigkeit und das autonome Recht des jetzt gebildeten Präsidialkabinetts. Eine solche allgemeine Zustimmung schließt die Kritik an einzelnen Persönlichkeiten ebensowenig aus, wie sie die weitere geistige Mitarbeit an den sachlichen Aufgaben beeinträchtigen darf, die dieser Regierung zur Lösung gestellt sind.

Angesichts der Wahrscheinlichkeit, daß das Kabinett VON PAPAN-SCHLEICHER in den Wahlen vom 31. Juli voraussichtlich keine tragfähige Mehrheit finden wird, wird die Wirksamkeit politisch und gesellschaftlich einflussreicher Kreise, wie sie die Herrengesellschaften im Lande darstellen, für die Regierung von besonderer Notwendigkeit sein.

ROSENBERGER.

Der erwähnte Brief des Herrn VON GLEICHEN besagt: „Ich will unserem Freund PAPAN nicht zunahereten, wenn ich ihn vor allem als vermittelnden Vorsitzenden des Kabinetts ansehe, der die Aufgabe hat, auch Interpret der sachlichen Wünsche und Absichten einzelner Ressortminister gegenüber SCHLEICHER zu sein. Schon das vorhergehende Kabinett BRÜNING war durch die Initiative SCHLEICHERS unter seiner unmittelbaren Mitwirkung gebildet worden. Aber SCHLEICHER hat keine Gewalt über das Kabinett behalten, hat dann seinen Einfluß an BRÜNING verloren, demgegenüber er sich auch nicht sachlich zu behaupten verstand. Nachdem BRÜNING den entscheidenden Fehler gemacht hatte, dem Rate nicht zu folgen, und rechtzeitig den Weg für die Wiederwahl HINDENBURGS den nationalen Kreisen gegenüber freizugeben, war seine Abberufung nicht sein Rücktritt, nur eine Frage der Zeit. Dabei haben die entscheidenden Stellen immer gewollt, daß BRÜNING in einem neuen Kabinett als Außenminister wieder erscheint. Da BRÜNING aber seinen Rücktritt im Zustande der Gereiztheit erklärte, ist die Bitte HINDENBURGS, daß er das Außenministerium weiter übernehmen möchte, von ihm abgelehnt worden. Das neue Kabinett wird nicht nur von den Nazis toleriert, sondern hat die ausdrückliche Zustimmung des „Führers“. Das neue Kabinett ist auch kein Übergangskabinett, wie die Presse fälschlich berichtet, sondern wird wohl vom neuen Reichstage, wenigstens von seiner voraussichtlich stärksten Partei, so wie es ist, bestätigt werden. Dafür werden den Nazis die Länder überlassen, und es bestehen auch wegen Preußen Abmachungen, d. h. über die Einsetzung eines bewährten Mannes als Ministerpräsident oder als Reichskommissar. Umorganisation der inneren Verwaltung unter starker Mitwirkung der nationalsozialistischen Kräfte.“

Zugegeben ist, daß das Ganze ausgesprochene Züge des Improvisierten zeigt.

Man muß an die Reformen herangehen und hat keinen Mann, der wie LUTHER die Konzeption eines umfassenden Planes besitzt und auch die Kraft, ihn durchzusetzen.“

An diesen beiden Schreiben ist das Wichtigste nicht etwa die Mitteilung, in welchen Herrengesellschaften sich die deutschen Minister außerhalb ihrer Dienstzeit tummeln.

Das Klassengesicht des Papen-Haushaltplans.

Rpt. Berlin, 1. Juli.

Wir geben im folgenden die wichtigsten Einnahme- und Ausgabeposten wieder und fügen jeweils bei, wie sich die Posten gegenüber dem Haushaltsjahr 1931/32 verändert haben.

Einnahmen.

Unter den Einnahmeposten sind die wichtigsten:
XVIII. Reichspostministerium 243 596 000 — 306 250
XVII. Allgemeine Finanzverwaltg. 7 712 965 000 — 669 880 000

Die Einnahmen der allgemeinen Finanzverwaltung (Kapitel XVII) setzen sich wie folgt zusammen:

1. Besitz- und Verkehrssteuer	4 757 000 000	—	315 500 000
2. Zölle u. Verbrauchssteuern	2 707 340 000	—	392 160 000
3. Vom Reichsmonopolamt für Branntwein abzuf. Beträge	1 600 000	—	200 000
4. Bank- und Münzwesen	127 050 000	+	102 025 000
5. Dividenden u. s. w. von der Deutschen Reichsbahnges.	119 625 000	—	59 045 000
6. Vermischte Einnahmen	350 000	—	5 000 000

Ausgaben.

Die Ausgaben gliedern sich: in fortdauernde Ausgaben und einmalige Ausgaben. Ihre Höhe und Veränderung gegenüber dem Vorjahr ergibt sich aus den folgenden beiden Tabellen:

Fortdauernde Ausgaben:

I. Reichspräsident	568 450	—	44 650
II. Reichstag	7 494 900	—	287 600
III. Reichsministerium, Reichskanzler und Reichskanzlei	1 299 400	—	241 400
IV. Auswärtiges Amt	52 171 350	—	2 827 000
V. Reichsministerium des Innern	30 787 550	+	1 688 550
VI. Reichswirtschaftsministerium	13 296 100	—	764 850
VI a. Vorläuf. Reichswirtschaftsrat	583 850	—	119 600
VII. Reichsarbeitsministerium	1 561 035 200	—	4 458 000
VIII. Reichswehrministerium	578 210 800	—	21 495 250
IX. Reichsjustizministerium	13 125 100	—	1 623 850
X. Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft	58 050 200	+	49 084 600
XI. Reichsverkehrsministerium	116 322 000	—	2 621 500
XII. Versorgung und Ruhegelder	1 381 472 000	—	141 554 000
XIII. Rechnungshof und Reichsparkommissar	2 581 200	—	410 600
XIV. Reichsschuld	943 525 900	+	35 540 215
XV. Reichsfinanzministerium	397 667 850	—	39 203 620
XVII. Allgemeine Finanzverwaltg.	2 270 865 500	—	454 012 800
XVIII. Reichspostministerium	28 200	—	4 050
XX. Kriegslasten	470 663 900	—	393 900 150

Einmalige Ausgaben:

II. Reichstag	—	—	99 000
III. Reichsministerium, Reichskanzler und Reichskanzlei	30 000	+	30 000
IV. Auswärtiges Amt	244 400	+	28 400
V. Reichsministerium des Innern	6 435 000	+	1 510 000
VI. Reichswirtschaftsministerium	6 973 200	+	6 516 100
VII. Reichsarbeitsministerium	—	—	8 921 000
VIII. Reichswehrministerium	96 260 150	+	6 374 650
IX. Reichsjustizministerium	—	—	59 900
X. Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft	77 750 000	+	59 286 400
XI. Reichsverkehrsministerium	54 429 800	+	30 135 300
XV. Reichsfinanzministerium	20 444 800	+	15 854 505
XVII. Allgemeine Finanzverwaltung	56 936 500	+	26 916 500

Die vielen Minus-Zeichen in der Spalte für Veränderungen zeugen von Sparsamkeit. Wo ist gespart worden? So gar am Etat des Herrn

SCHLEICHER!

Das scheint nur so. Die Kürzung beträgt 2,2 Prozent; die Preis- und Lohnsenkungen sind weit größer. Kurz: Deutsch-

land hat seinen Wehretat vergrößert! Der größte Minusposten (142 Millionen Mark) steht in Kapitel XII: „Versorgung und Ruhegelder!“

Das Reichsarbeitsministerium „spart“ gegenüber dem Vorjahr bei steigender Arbeitslosigkeit: 4 1/2 Millionen Mark fortdauernde Ausgaben und fast 9 Millionen Mark einmalige Ausgaben!

Einige Posten weisen zum Teil wesentliche Erhöhungen auf. Jeder Kenner der Verhältnisse kann im voraus sagen, um welche Posten es sich wohl handeln wird. Das Reichswirtschaftsministerium hat an einmaligen Ausgaben im vorigen Jahr fast nichts ausgegeben und bekommt nun rund 6,45 Millionen bewilligt. Erfolglosenhilfe statt Erwerbslosenhilfe! — Das Ernährungsministerium bekommt für „fortdauernde Ausgaben“ statt 9 Millionen 58 Millionen Mark bewilligt, für einmalige Ausgaben statt 13 Millionen 77 Millionen Mark. Beihilfe für Bankrottouri! — Das Reichsministerium des Innern bekommt insgesamt rund 3 Millionen Mark mehr bewilligt (zur Ertüchtigung der Jugend!). — Das Reichsverkehrsministerium darf für einmalige Ausgaben 54 Millionen Mark ausgeben, 30 Millionen Mark mehr als im Vorjahr (wofür, zur Finanzierung von Bestellungen an die Schwerindustrie oder zur Förderung des Luftverkehrs?).

Ueber jeweils 10 Prozent der vorgesehenen Ausgaben darf nur mit Genehmigung des Reichsfinanzministers verfügt werden. Dieser behält so die Möglichkeit in der Hand, allgemein für weitere Einsparungen zu sorgen.

Außer zu Ausgaben wird der Reichsfinanzminister zur Uebernahme von Bürgschaften ermächtigt. Er darf unter anderem Bürgschaften übernehmen bis 350 Millionen Mark zur Förderung des deutschen Außenhandels, bis 250 Millionen Mark zur Förderung des Kleinwohnungsbaus, bis 100 Millionen Mark zur Förderung der Instandsetzung von Wohnungen, bis 150 Millionen Mark zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung.

Der Reichshaushaltsplan enthält für 1932 die gleiche Besetzungssperre wie der vorjährige Haushalt. Im Rechnungsjahr 1932 dürfen freiwerdende Planstellen des unteren und einfachen mittleren Dienstes, soweit sie nicht mit entbehrlichen Beamten oder soweit sie nicht im Wege der Versetzung oder innerhalb der gleichen Laufbahn im Wege der Beförderung besetzt werden, nur mit Wartegeldempfängern oder mit Versorgungsanwärtern besetzt werden. Das gleiche gilt für 50 Prozent der freiwerdenden Stellen des gehobenen mittleren Dienstes.

Die Zahlen des heute vorliegenden Haushaltplans lassen an einigen Stellen das Gesicht der Klassengesellschaft deutlicher in Erscheinung treten als die des vorigen Haushaltplans.

Die Deutlichkeit ist trotzdem nicht sehr groß. Das Reich hat zwar durch Notverordnung zum Beispiel die Aktiengesellschaften angehalten, ihre Bilanzen übersichtlicher und aufschlußreicher zu veröffentlichen. Der Haushaltplan des Reiches selber jedoch ist durchaus nicht in jeder Beziehung übersichtlich und aufschlußreich. Selbst demjenigen, der nicht tiefer in den Gegenstand eindringt, taucht eine Frage auf wie diese: Wo wird das Geschäft mit FLICK verbucht?

Herauszufinden, wo die verschiedenen Subventionen verbucht sind, das ist — man kann wohl sagen — Gegenstand einer Geheimwissenschaft. Sobald uns die Notverordnung im Wortlaut vorliegt, werden wir versuchen, einige weitere Aufschlüsse über das Klassengesicht des Haushaltplans zu veröffentlichen.

Wichtig ist für die politischen Verhältnisse der deutschen Republik, daß die Klüngel dieser Herrengesellschaften große Politik machen dürfen. Man muß das politisch hilflose Gestammel des Herrn von GLEICHEN lesen, daß das Ganze Züge des Improvisierten trage und daß man eigentlich keinen Mann zur Verfügung habe, der von der Sache etwas verstünde. Und man muß zu dieser eingestandenen Unfähigkeit hinzunehmen, daß dieser Mischmasch von Herren- und ähnlichen Klubs

auch dann beansprucht, große Politik zu machen, wenn die Mehrheit des Volkes sich nicht hinter ihn stellt. Das wäre an sich nicht das Schlimmste, wenn man nicht wüßte, daß es keine habgierigere und frechere und überflüssigere Schicht auf der ganzen Erde gibt als Junker und Schlotbarone. Interessant ist an dem Eingeständnis der Herren, daß der „Führer“ ihrer gelben Hausdiener das Kabinett PAPAN nicht nur toleriert, sondern mit ihm einverstanden ist.

Neue Pläne — neue Absagen.

Die Regierung PAPAN ist durch diesen Brief, wenn er echt ist, hoffnungslos kompromittiert; denn er zeigt deutlich, daß sie auf Grund einer bloßen Intrige von unverantwortlichen Adels- und anderen Interessentenkreisen nach vorn geschoben worden ist. Herr von PAPAN, Direktoriumsmitglied des famosen Herrenklubs, dem Herr von GLEICHEN hier vor aller Öffentlichkeit wohlwollend die Schulter klopfte, hat nur Aussicht, sich von diesem politischen Schlag zu rehabilitieren, wenn er die beiden Briefe dementiert oder seine Kollegen vom Herrenklub öffentlich desavouiert.

Wenn er keins von beiden tut, sollte mindestens die gesamte Arbeiterschaft schon vor den Wahlen dafür sorgen, daß dieses Kabinett in den Schoß des geheimnisvollen Herrenklub-Dunkels zurückgeht, aus dem es gekommen.

Hier wird auch die Frage akut, was bei solchen Machinationen der Herrenklubs die Rolle HINDENBURGS gewesen ist. Wenn er daran beteiligt wäre, müßte die deutsche Arbeiterschaft alle verfassungsmäßigen Maßregeln ergreifen, um Herrn von HINDENBURG von seinem Posten zu entfernen. Wenn er von diesem ganzen Treiben der Herrenklubs nichts gewußt hat, dann bleibt noch immer die Frage, ob es nicht eine strafbare Fahrlässigkeit ist, die Herrenklubs zu so maßgebendem Einfluß auf die deutsche Politik gelangen zu lassen. Auf jeden Fall bleibt die Frage der sogenannten Präsidialgewalt in der deutschen Republik vorläufig noch eine ungelöste Frage.

Es zeigt sich auch hier, was wir anlässlich der Wahlen für die Reichspräsidentenschaft immer wieder betont haben:

Es war eine unerhörte Leichtfertigkeit der SP- und KP-Führung, sich für den Posten eines Arbeiterkandidaten für den Reichspräsidentenstuhl nicht zu einigen. Diese politische und vor allem charakterliche Liederlichkeit rächt sich jetzt.

Bei allen Einschränkungen, der die Macht eines Reichspräsidenten selbstverständlich unterliegt, ist es unbestreitbar, daß unter allen Umständen alle verfassungsmäßigen Mittel angewandt werden müssen, um auf die führenden Stellen des Staates Sozialisten zu bringen, also Menschen, denen Menschheitsinteressen über Landes-, Standes- und noch engere Interessen gehen. Wenn bei diesem Versuch die herrschende Klasse einschließlich ihrer Herren- und Damenklubs heimlich und offen auf den Plan tritt, und zwar auch — was vorauszusetzen ist — entgegen der jeweiligen Verfassung, dann soll sie die Faust der Arbeiterschaft zwischen die Augen geschlagen kriegen. Denn neben dieser Grenze, die die Klassen scheidet, läuft auch die Grenze des parlamentarischen Kampfes. Daß durch ihn nicht die Klassengesellschaft beseitigt wird, ist klar — nur positiv parlamentarische Kretinisten wissen das nicht, Daß aber alles getan werden muß, um die Schuld am Ausbruch des Bürgerkrieges nicht leichtfertig auf sich zu laden, sondern daß diese Schuld eindeutig und klar der herrschenden Klasse überlassen bleiben muß, ist ebenso sicher; nur Anhänger des negativen parlamentarischen Kretinismus wissen das nicht.

Die gleiche Ueberlegung gilt für die Wahlen am 31. Juli. Auch sie werden die herrschende Klasse gewiß nicht stürzen. Daraus folgt aber nicht, daß sie für die beherrschte Klasse belanglos sind. Gerade der Nachweis, daß die herrschende Klasse weder auf demokratische noch auf eine andere ausgeklügelte Weise verschwindet, sondern einzig und allein durch den Druck einer wirklichen Macht, kann nur dazu beitragen, die Organisation dieser Macht in der Hand der Arbeiterschaft zu fördern.

Daß nach dem ungeheuerlichen Fiasko der KP mit ihrer THÄLMANN-Kandidatur und dem noch tolerieren der SP mit ihrem HINDENBURG noch immer nicht wenigstens für die Reichstagswahlen ein gemeinsamer Weg beschritten worden ist, macht die Führung dieser beiden Parteien ebenso abbauroff wie das Kabinett PAPAN. Sie können ihren Anspruch auf Führung nur dadurch einigermaßen wieder begründen, daß sie wenigstens die elementare Forderung des gemeinsamen Vorgehens gegen die Reaktion begreifen und erfüllen.

KP-Verbot in Chile. Die neue chilenische Regierung hat die Kommunistische Partei für ungesetzlich erklärt.

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

THEODOR PLIVIER.

„Wat heest hier Redefluß und angeber?! Ich werde mir wohl noch mit meine Nachbarn über meinen Bräutigam unterhalten können, oder vielleicht nicht? Und die von der Marine sind noch lange nicht die Schlimmsten, die Matrosen sind alle für den Frieden!“

Sie wendet sich wieder an Trude Müller: „Der Karl hat mir geschrieben, daß er nach Berlin kommen will, wenn er entlassen wird. Er will sich hier Arbeit suchen. Ja, und Ihr Kleiner, was macht denn der?“

Trude Müller hat nur halb zugehört. Es quält sie, daß es ihr nicht gelingen will, sich das Gesicht ihres Kindes vorzustellen: „Ich weiß nicht — ich hätte eigentlich telefonieren sollen —“

Hinter der Mauer des Schlachthofes stampft eine Herde Rindvieh vorbei. Man hört die Flüche der Treiber, die Stockschläge auf die Flanken der Tiere und ganz nahe das dumpfe Brüllen der Ochsen.

Aus einem Schuppen dringt Licht. Es sieht aus wie roter Rauch. Auf dem Hof fängt es an zu rumoren. Die Schlange ist auf zweitausend Köpfe angewachsen. Und vielleicht ebenso viele Schlangen hocken vor den Berliner Markthallen und vor den Detailgeschäften. Und in München, in Hamburg, Dresden — kohlenlose Tage, mit Sägemehl gestrecktes Brot, aus Brennesseln gefertigte Hemden, Schuhe aus Papier. In vielen Landgemeinden ist der Kienspan wieder eingeführt worden.

Es werden auch Lebensmittel im Schleichhandel verkauft. Aber die Kriegerfrauen erhalten von einer „sozialen Gesetzgebung“ 48 Mark Unterstützung, wenn sie zwei Kinder haben, und wenn die Familie zahlreicher ist 50 und 60 Mark. Davon können sie die im freien Handel verlangten Wucher-

Auf der Lausanner Konferenz, die in Nacht- und Tag-schichten arbeitet, haben die Franzosen, die die Engländer wieder sehr auf ihrer Seite haben, durch den neugebildeten Reparationsausschuß eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, die einen Ausweg aus der Sackgasse bieten sollten. Von deutscher Seite ist seit den Erklärungen PAPANs kein Vorschlag erfolgt. Die Angebote der Gegenseite sind von den Deutschen bisher als undiskutierbar abgelehnt worden.

Es handelt sich im wesentlichen um zwei Vorschläge: 1. Der erste Vorschlag beruht auf der Absicht, die Deutschen in die Auseinandersetzung mit Amerika hinein-zuziehen. Das sollte praktisch so aussehen: Falls Amerika seine Forderungen an die interalliierten Mächte nicht streicht, würde Deutschland diesen Betrag an seine Gläubiger abzuführen haben, die ihn ihrerseits an Amerika weiter-leiten würden. Eine Sonderzahlung an Frankreich würde entfallen.

Sollte Amerika zu einer Streichung bereit sein, so brauchte Deutschland nur eine unbeträchtliche Summe als endgültige Reparationsabschlagszahlung zu leisten.

Das Einverständnis der USA mit diesem Plan ist völlig umstritten. Die Deutschen haben diesen Vorschlag zurückge-wiesen, vor allem, weil dabei doch wieder eine „Tributzah-lung“ angesetzt sei.

2. Nachdem dieser Vorstoß gescheitert war, haben die Franzosen im Lauf des Donnerstag einen neuen Plan unter-breitet, der auf die PAPANsche Erklärung zurückgreift. In dieser Erklärung war dem Wortlaut nach eine Verkopplung von Reparationsfragen mit Abrüstungsansprüchen gefordert.

Moralische Abrüstung. Ein beachtenswerter polnischer Vorschlag.

g Genf, 29. Juni.

Im Presseauschuß des Ausschusses für moralische Ab-rüstung beantragte der polnische Vertreter am Mittwoch morgen die Einberufung einer internationalen Presse-konferenz, für den Herbst etwa. Diese Konferenz sollte über ein Abkommen beraten, durch das international ein Berich-tigungsrecht eingeführt werde, wie es entsprechend in ein-zelnen Ländern schon gelte. Zugleich soll eine Vereinbarung zur Verhinderung aller polemischen journalistischen Aus-schreitungen getroffen werden. Die Ausführung der damit geforderten Pressekontrolle solle einer unabhängigen inter-nationalen Organisation übertragen werden.

Die Telegraphen-Union nennt diesen Vorschlag eine „Ver-fälschung des Abrüstungsgedankens“ und lehnt ihn als prak-tisch undurchführbar ab; er entspreche den französischen Forderungen: die Sicherheitsfrage mit der Abrüstungsfrage zu verbinden. Das tut der polnische Vorschlag allerdings; gerade darin liegt sein Wert. Denn er packt die Kriegsgefahr in heutigen, von Nationalismus durchseuchten Europa an einer der wichtigsten Quellen an, aus der sie gespeist wird: an der Aufpeitschung der öffentlichen Meinung durch die einseitig oder gar falsch berichtende nationalistiche Presse — wovon z. B. HUGENBERG'S Telegraphen-Union ein Lied singen könnte. Mag die Abrüstung fortgeschritten sein, so weit sie will, solange den „Piraten der öffentlichen Meinung“ nicht das Handwerk gelegt ist, können gegebenenfalls schon ge-ringe-Rüstungen, ja sogar harmlose Maßnahmen zur Kriegs-gefahr gestempelt werden und damit den Kriegstaukel ent-fachen. Die Pressemeldungen über den deutsch-polnischen Streit um Danzig sind ein schlagendes Beispiel für diese Gefahr.

Die praktische Durchführbarkeit dieses Vorschlags ist dokumentiert durch die Durchführung entsprechender Be-stimmungen in einzelnen Ländern. Wenn es innerhalb eines Staates möglich ist, durch gesetzliche Bestimmungen die öffentliche Verbreitung von Lügen und Verleumdungen zu bekämpfen, warum sollte es nicht möglich sein, die prak-tischen Erfahrungen, die man dabei gewonnen hat, für die internationalen Beziehungen der Presse auszunutzen? Oder

Diese Verkopplung ist von den Franzosen strikt zurück-gewiesen worden. Abrüstungsfragen ständen in Genf zur Diskussion; dort ließe sich über eine gerechte Lösung, die dem deutschen Standpunkt entgegenkomme, reden. Hier in Lausanne stehe nur die Frage einer deutschen Abschlagszah-lung zur Debatte, über deren Höhe, deren Termin und etwaige andere Bedingungen der Reparationsausschuß dem deutschen Bevollmächtigten einen Vorschlag unterbreiten werde.

Sollte die Einigung dahin gehen, diese Zahlungen an die allgemeine Hilfskasse abzuführen, Deutschland aber keine Barzahlung übernehmen könne, so seien andere wirt-schaftliche Vorteile, die Deutschland bieten könne, zu beraten.

Die Diskussion über diesen Vorschlag ist noch nicht ab-geschlossen.

Am Donnerstag abend hat HERRIOT vor seiner Abreise nach Paris PAPAN überraschender Weise einen Besuch abge-stattet, über dessen Ergebnis kein Communiqué veröffentlicht worden ist. HERRIOT ist dann nach Paris abgereist. Die offiziellen Beratungen werden erst am Montag nach seiner Rückkehr wieder aufgenommen. Inzwischen wird auch PAPAN, der voraussichtlich am Sonnabend in Berlin sein wird, wieder in Lausanne eingetroffen sein.

Die Konferenz steht nach wie vor unter dem Stern des Pessimismus. Nur die Engländer markieren Hoffnungsfröu-digkeit. Sie selber sind an einem endgültigen Abschluß darum besonders interessiert, weil sie die ersten sind, die an Amerika im Herbst mit Zahlungen an die Reihe kommen.

ist man auf seiten der deutschen Rechten etwa der Meinung, es sei unmöglich, Schiedsrichter zu finden, die, unabhängig von ihrer eigenen Nationalität, allein die Wahrheit zur Richt-schnur ihres Urteils machen? Die in einem solchen „Um-möglich“ zum Ausdruck kommende Selbsteinschätzung spricht über die ganze nationalistische Bewegung ein vernichtendes Urteil.

Auch Frankreich muß sparen.

Der Finanzausschuß der französischen Kammer beschäf-tigte sich am Donnerstag mit dem Finanzprogramm der Re-gierung, das vom Haushaltsminister PALMADE eingehend er-läutert wurde. PALMADE berichtete, daß der Haushaltsfeh-lbetrag im Jahre 1930/31 2,6 und im Jahre 1931/32 4,7 Mil-liarden Francs betragen habe; für das laufende Haushalts-jahr müsse mit einem Fehlbetrag von 6,5 Milliarden gerechnet werden. Die Staatsreserven seien dadurch so gut wie aufgebraucht und die Regierung daher zu energischen Spar-maßnahmen gezwungen.

Das neue Programm sehe eine Entlastung des Haushalts um 3 Milliarden Francs vor; davon sollen 1,55 Milliarden durch Einschränkung der Heeresausgaben gespart werden.

Die übrigen Sparmaßnahmen treffen die Sozialversiche-rung, die Staatsbeamtenenschaft — das Personal soll erheblich eingeschränkt werden —, das Verkehrswesen und die Spar-kassen, deren Zinsen besteuert werden sollen.

Unbezahlter Zwangsurlaub für amerikanische Beamte.

Die amerikanische Sparvorlage, der gemäß Bundesange-stellte mit einem Jahresgehalt über 1000 Dollar jährlich einen unbezahlten Urlaub von 30 Tagen zu nehmen haben, ist durch die Unterschrift HOOVERS rechtskräftig geworden. Man ver-spricht sich von dieser Maßnahme eine Haushaltsersparnis von 150 Millionen Dollar.

In Rumänien werden die Meldungen über polnisch-russische Verhandlungen, die, wie es heißt, den polnisch-russischen Nichtangriffspakt von einer Einigung zwischen Rumänien und Rußland unabhängig machen sollen, mit steigendem Mißtrauen verfolgt. Rumänische Politiker sehen darin einen Treubruch der Polen gegenüber dem polnisch-rumänischen Militärabkommen.

preise nicht bezahlen. Sie gehen arbeiten in Munitionsfabriken, kleiden sich in umgeänderte Militärsachen. In holzbesohlten Schuhen stehen sie Schlange — nach Fleisch, nach Margarine, nach Kriegsmus, nach Kartoffeln, nach Ersatzstoffen ...

Die Arbeit auf dem Schlachthof hat begonnen. Der erste Wagen rollt aus dem Tor heraus. Weiße Schweinehälften hat der Wagen geladen. Zart und frisch gebadet liegen die langgestreckten ausgebluteten Tier-leiber unter dem grau werdenden Himmel. Die Gaslaterno an der Ecke erlischt. Und die Polizisten sind wieder da.

Die Leute an der Mauer beginnen sich zu regen — wie Hühner, die auf der Stange erwachen und die Federn auf-plustern. Die Frauen schälen sich aus den zerschlissenen Decken heraus. Die Männer ziehen die Nasen aus ihren Mantelkragen und rücken sich die Mützen aus den Ge-sichtern.

„Aber nun drängen Sie doch nicht so!“ „Das ist doch die Kleine hier. Die Jöhren wollen immer so durchflitschen. Nu bleib man ruhig und fang nich schon an!“

Die Frau neben der kleinen Lene sagt das. Die Frau mit dem Dutt, auch lange Röcke hat sie an. Lene kann Frauen mit langen Röcken nicht ausstehen. Sie hat ihre Erfahrungen — je länger die Röcke, um so mehr Ermahnungen und Rat-schläge muß sie anhören! Ueberhaupt kann sie nicht leiden, als Kleine angesprochen zu werden. Als ob sie nicht schon bald aus der Schule käme und zu Hause fast allein die Wirt-schaft versorgte. Ihr Onkel geht arbeiten, und ihre Tante — na ja, die hat doch schon einen ganz dicken Bauch, lange wird es nicht mehr dauern. Und dann hat sie noch die Be-scherung mit den Windeln ...

Die Durchhaltepropaganda für den Krieg hat selbst hier einen Platz gefunden. An der oben mit Glasscherben ge-spiekten Mauer, über die sich drei Lagen Stacheldraht hin-ziehen, kleben Aufrufe für die neunte Kriegsleihe — unter-zeichnet vom Feldmarschall v. Hindenburg, vom Prinzen Max von Baden, vom Staatssekretär Erzberger; auch ein von Scheidemann unterschriebenes Plakat ist angeschlagen, ein Spruch in schönen gotischen Lettern:

Wer Geld hat, der zeichne!

Es ist kein Opfer, sein Geld mündelsicher zu 5 Prozent anzulegen.

Philipp Scheidemann.

Quer über dem Plakat klebt ein Propagandastreifen der Jugendgruppe des Spartakusbundes, die sich hier in der Nacht mit dem Kleistertopf durchgedrängt hat. Zwei mit ungelinken Pinselstrichen hingesezte Zeilen:

Der Krieg geht für die Reichen!
Die Armen zahlen mit Leichen!

Endlich beginnt die Fleischausgabe.

Truppenweise werden die Leute in den Schuppen einge-lassen, immer hundert auf einmal. Die Polizisten zählen jedes-mal fünfundzwanzig Reihen ab. Ein halbes Pfund Fleisch er-hält jeder. Das Fleisch stammt von Rindern, die der Beschauer als krank bestanden hat. Das Fleisch der gesunden Tiere gelangt durch andere Kanäle, durch die Fleischläden, an den Teil der Bevölkerung, der die dort verlangten Preise noch auf-bringen kann. Bis Trude Müller in den Schuppen eingelassen wird, ist eine weitere Stunde vergangen. Hinter ihr stehen noch siebenhundert Mann. Sie erhält ihr Fleisch, die Reihe hinter ihr auch noch. Von der nächsten Reihe erhält nur einer die Ration, — die anderen bekommen nichts mehr.

Die Vorräte sind ausgegeben. Ausverkauft!

700 Menschen stehen noch auf der Straße.

Die Polizei kann die Menge nicht mehr zurückhalten. Sie drängt an das Tor und in den Schuppen hinein. Mit eigenen Augen wollen sie sich davon überzeugen, daß nichts mehr da ist. Sie starren die Fleischhaken an den Wänden und die leeren Verkaufstische an. Die Vordersten drücken bis gegen den Hackklotz, von dem ein Gehilfe die letzten Knochen-splitter heruntergefegt.

Der Schuppen dröhnt wider vom Geheul der Menge:

„Solche Gauner!“

„Die Schieber!“

„Drückeberger!“

„Die haben das Fleisch schon vorher auf die Seite ge-bracht!“

(Fortsetzung folgt.)

Der Kampf um die Einheitsfront.

Die Einheitsfront marschiert.

Am 21. Juni fand in Witten eine vom ISK einberufene öffentliche Versammlung statt, in der die Notwendigkeit der Einigung der gesamten Arbeiterschaft von allen Anwesenden anerkannt wurde. Am 28. Juni ist es nun gelungen, die Einheitsfront der Wittener Arbeiterschaft zu organisieren:

SPD, KPD und ADGB haben sich neben vielen anderen Arbeiterorganisationen in einem Komitee vereinigt, dessen Aufgabe die Durchführung des antifaschistischen Abwehrkampfes ist.

Als erste gemeinsame Aktion soll eine große Demonstration mit anschließender Kundgebung stattfinden, bei der je ein Redner der SPD und der KPD sprechen sollen.

Die Kundgebung soll der Auftakt zu weiteren gemeinsamen Aktionen der Wittener Arbeiterschaft sein.

In Linden-Dahlhausen bei Bochum ist zwischen den Arbeiterparteien eine Einigung zustande gekommen, alle Kräfte dem Abwehrkampf gegen den Faschismus zu widmen und zu diesem Zweck fortan gemeinsame Aktionen zu veranstalten. Die erste gemeinsame Versammlung hat unter der Arbeiterschaft Begeisterung hervorgerufen.

Man spricht von nichts anderem als der „Einheitsfront“.

In Velbert (Rheinland) fand am 25. Juni eine vom ISK einberufene öffentliche Versammlung statt, in der die „Einheitsfront“ als unerlässliche Bedingung des antifaschistischen Kampfes von den Arbeitern gefordert wurde.

Viele zeichneten sich ein in die Listen zum Volksbegehren an den ADGB.

In Gelsenkirchen fand am 26. Juni eine öffentliche Versammlung des ISK statt, die von zahlreichen Arbeitern besucht war. Die Rednerin verlangte — oft von Zustimmungsausschüssen unterbrochen — die Schaffung eines linken Wahlblocks von SPD bis KPD, mindestens aber Listenverbindung. In der Aussprache ergriff u. a. ein Vertreter der christlichen Gewerkschaften das Wort und

erklärte, daß auch die christlichen Arbeiter sich einreihen würden in die antifaschistische Abwehrfront.

Ein Genosse erklärte: Die Arbeit des „Funkens“ für die Schaffung der Einheitsfront findet bei jedem Arbeiter unbedingte Zustimmung. Die Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls unter der Arbeiterschaft wird als ein Erfolg dieser Arbeit bleiben, gleichgültig, was die großen Parteien und der ADGB nun auch tun werden.

Das „Volksblatt“ (SPD in G.) schrieb am Freitag, niemand solle sich in die Listen einzeichnen. Ein Stimmungsbild: am Sonnabend ging eine unserer Listen durch einen Betrieb in W., in kurzer Zeit hatten sich

32 Arbeiter unterschrieben, meistens SP, darunter die Betriebsräte.

N. Oc. Frankfurt a. M., 29. Juni 1932.

Einen Saal, den die SAP in der Wahlzeit (zu einer Kundgebung, in der

SEYDEWITZ

als Hauptreferent auftrat) nicht voll gekriegt hatte, und einen zweiten Saal, den ADGB und AFA (zu der Kundgebung, in der vorige Woche

AUFHAUSER

sprach) nicht ausfüllte, hatten.

sozialistische und rote Studenten zu ihrer Protestkundgebung gegen den faschistischen Terror

gemietet (ich schätze im ganzen etwa 3000 Plätze). Als einzige Referenten waren vorgesehen ein kommunistischer Student und ein sozialdemokratischer Student. Der eine Saal mußte wegen Ueberfüllung polizeilich gesperrt werden, im anderen fanden viele Teilnehmer keine Sitzplätze.

Gemeinsamer Gesang, zu Beginn und zum Schluß die „Internationale“, stärkten das Gefühl der Zusammengehörigkeit.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Bezirk Prenzlauer Berg: Dienstag, 5. Juli, 20 Uhr, Casino-Festsäle, Pappelallee 15. Thema: Das Volksbegehren der Arbeiterschaft — Wie schlagen wir den Faschismus?

Bezirk Wedding: Mittwoch, 6. Juli, 20 Uhr, Gasthaus Domke, Hochstädterstraße 23. Thema: Das Volksbegehren der Arbeiterschaft — Wie schlagen wir den Faschismus?

Essen: Dienstag, den 5. Juli, 20 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Kastanienallee. Thema: Naziterror in Braunschweig. Redner: Genosse Probst, Braunschweig. Eintritt 10 Pf. Für Erwerbslose frei.

Freie Aussprache!

Eintritt frei!

Wirtschaftspolitische Aussprache:

Berlin: Freitag, den 1. Juli, 20 Uhr, im Konferenzzimmer des Gewerkschaftshauses, Engelufer 24 (Eingang durchs Restaurant).

Thema: Wie werden Produktion und Verteilung geregelt in der Marktwirtschaft? In der Planwirtschaft? Leitung der Aussprache: Hellmut Rauschenplat. Unkostenbeitrag: 30 Pf. Für Erwerbslose frei.

Zuerst wurden die Abmachungen verlesen, die bestimmten, daß keine der beteiligten Arbeiterparteien mit Bemerkungen bedacht werden sollte; damit die Kundgebung einen geschlossenen Eindruck mache.

Beide Redner ernteten einen Beifallssturm nach dem anderen, als sie ausführten, daß der gemeinsame Feind der Arbeiter der Faschismus sei,

daß der Kampf auch gemeinsam geführt werden muß, wenn er Erfolg haben soll, daß nur Deserteure der Arbeiterklasse die Forderung aufstellen können: „Laßt Hitler erst abwirtschaften!“

In dem Saal, in dem ich war, herrschte die größte Begeisterung, als einer der Redner vom Willen der Arbeiter zur Einheitsfront sprach: „die Führer, die die Einheitsfront sabotieren, werden wir umrennen!“

Alles strahlte vor Freude über die gelungene Kundgebung; so viele Proleten und Studenten hatten ja nur darauf gewartet, endlich mal geschlossen vorzugehen. Um so unerfreulicher wirkte der Pressebericht der „Arbeiter-Zeitung“ (KPD), der, weil sie sonst an der Haltung der „Eisernen Front“ nichts aussetzen konnte, dem sozialdemokratischen Redner unterschob, er wäre im Grunde nur durch die KP, gegen seine eigentliche Gesinnung, zu revolutionären Worten getrieben worden.

Selbst die kommunistischen Studenten wollen gegen diesen Bericht protestieren.

Rothenditmolde bei Kassel. Ein Ausschuß, bestehend aus allen Parteien und vielen Arbeiterorganisationen, hatte zu einer gemeinsamen Kundgebung aufgerufen.

Das Kasseler sozialdemokratische „Volksblatt“ konnte es nicht unterlassen, in Fettdruck alle Rothenditmolde Arbeiter zu warnen, diese Versammlung zu besuchen, mit der Behauptung, daß die „Eiserne Front“, der ADGB und die Partei nicht hinter dieser Versammlung ständen. Aber

Rückfälle der Leitungen / Auf die Arbeiter kommt es an!

Hk. Gestern hatten wir ein Schreiben der gewerkschaftlichen (nicht nur der freigewerkschaftlichen) Spitzenverbände an den Reichsarbeitsminister mitgeteilt, in dem sie gegen die angedrohte Anrechnung der gewerkschaftlichen Unterstützungszahlungen bei der behördlichen Hilfsbedürftigkeitsprüfung protestierten. Der wichtigste Abschnitt des Protestschreibens lautete:

„Wir wollen keinen Zweifel darüber lassen, daß die Gewerkschaften nicht gewillt sind, zu den unerträglichen Kürzungen, die den Arbeitslosen bereits durch die letzte Notverordnung zugemutet werden, noch den Verlust der gewerkschaftlichen Unterstützung zu tragen.“

Die Gewerkschaften sind auch nicht gewillt, diese Lasten zu Gunsten der durch Beiträge erworbenen Ansprüche zu übernehmen, sondern würden gezwungen sein, ihre bisherigen Leistungen einzustellen, wenn die Anrechnung erfolgt.“

Diese Ankündigung benutzte die „Rote Fahne“ zu der Verdächtigung, „daß es vielleicht den Gewerkschaftsführern gar nicht so unangenehm ist, ihre Verpflichtungen mit einem Schlag los zu werden“. Weiter sprach dann die „Rote Fahne“ von einem „Hand-in-Hand-Spielen der PAPEN-Regierung und der protestierenden Gewerkschaftsführer“. Was von der weiteren Behauptung der „Roten Fahne“ zu halten ist, die Gewerkschaftsführer hätten sich „bereitwillig mit dem Raub der gewerkschaftlichen Unterstützungen abgefunden“, das geht aus den oben angeführten Sätzen der gewerkschaftlichen Erklärung hinreichend deutlich hervor.

Zu den kommunistischen Anschuldigungen äußert sich der ADGB in einer Erklärung, der wir folgendes entnehmen:

„Die „Rote Fahne“ vom 30. Juni nimmt dieses Schreiben zum Anlaß, um von der Einstellung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung und von einem Zusammenspiel der Gewerkschaften mit der PAPEN-Regierung zu phantasieren.“

Der Inhalt des an den Reichsarbeitsminister gerichteten Schreibens ist für jeden Menschen mit normalem Verstand vollkommen einleuchtend.

Die Gewerkschaften äußern die Befürchtung, daß die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung auf die öffentliche Unterstützung angerechnet werden könnte, da in Zukunft ja nicht mehr die Grundsätze der früheren Bedürftigkeitsprüfung, sondern die der kommunalen „Hilfsbedürftigkeitsprüfung“ angewandt werden sollen. Gegen diese drohende Anrechnung wenden sich die Gewerkschaften mit einmütiger Entschiedenheit. Sie fordern vom Reichsarbeitsminister, daß er durch eine Anweisung solche Anrechnungen ausschliesse. Sie begründen dieses Verlangen auch mit dem besonderen Rechtscharakter der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung. Sie erklären schließlich — und dies ist nun die Stelle, die die „Rote Fahne“ zum Ausgangspunkt einer billigen Agitation nehmen möchte — daß die Gewerkschaftsmittel nicht dazu da sind, um die öffentlichen Mittel zu ersetzen und daß, falls die Anrechnung erfolgen sollte, die bisherigen Leistungen insoweit eingestellt werden müßten. Niemand in den Gewerkschaften denkt daran, auf diese Weise Gelder einzusparen. Es ist vielmehr ganz selbstverständlich, daß

die Gewerkschaften auch in solchem Falle Wege finden würden, die zur Verfügung stehenden Mittel weiterhin im Interesse ihrer arbeitslosen Mitglieder zu verwenden.

Kein Gewerkschaftsmitglied aber könnte Interesse daran haben, daß durch den Einsatz der Gewerkschaftsmittel die Arbeitslosenversicherung oder die Arbeitslosenfürsorgeeinrichtungen von eigenen Verpflichtungen entlastet werden. In den Kreisen derjenigen, die es angeht — und das sind ja die gewerkschaftlich geschulten Arbeiter — wird die „Rote Fahne“

es wurde anders, als das „Volksblatt“ sich die Sache gedacht hatte. Der Saal war gefüllt, und die Einberufer, Mitglieder und Funktionäre aller Parteien und Organisationen erklärten, daß sie nicht mit dem Verhalten des „Volksblattes“ einverstanden sind.

Und so kam es auch, daß diese Versammlung ein voller Erfolg für die Einheitsfront wurde, daß die gegenseitigen Beschimpfungen in dieser Versammlung nicht zu hören waren, ja, daß auch nur die geringsten Versuche dazu von der Versammlung bestimmt abgelehnt wurden. Dazu hatte die Ver-

Volksbegehren der Arbeiterschaft.

Die Listen für die Reichstagswahl können bis Mitte Juli noch eingereicht werden. Wir wollen bis dahin die Anstrengungen für die Schaffung einer einheitlichen Arbeiterliste von SP bis KP fortsetzen.

Unterschriftenlisten können bei uns angefordert werden.

sammlung besonders den großen Vorzug, daß nur Arbeiter und keine ortsfremden Funktionäre zum Reden zugelassen waren.

Die Versammlung wählte aus ihrer Mitte einen Ausschuß von Mitgliedern aller Arbeiterorganisationen: SP, KP, ISK, SAP, Arbeitersportler, Arbeitersänger, „Reichsbanner“, Antifa u. a., die sofort weitere Maßnahmen zur Herstellung gemeinsamer Kundgebungen in die Wege leiten werden.

Mit dem gemeinsamen Lied: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!“ schloß diese eindrucksvolle Versammlung, die sicher bei vielen Zweiflern und bei vielen Unschlüssigen die Hemmungen beseitigt haben wird, die nur von außen den Arbeitern aufgeht werden.

Aus solcher Stimmung heraus wird es möglich, die Einheitsfront zu schaffen.

• Willi Maß.

mit ihrer neuesten Hetzkampagne gegen die Gewerkschaften daher wenig Glück haben.“

Wir haben dieser Richtigstellung nichts hinzuzufügen, als die Mitteilung, daß die gewerkschaftliche Drohung, die Zahlungen einzustellen, Erfolg gehabt hat: der

Reichsarbeitsminister hat angeordnet, daß „eine Anrechnung der von den Gewerkschaften an ihre Mitglieder geleisteten Unterstützungen auf die Arbeitslosen- und Krisenunterstützung nicht erfolgt“.

Es ist ja klar, daß die Drohung mit Einstellung der Zahlungen einen Druck auf die Regierung bedeutete; denn der Ausfall der Unterstützungen hätte sich in verstärktem Druck bei den Wohlfahrtsämtern fühlbar gemacht.

Ein anderer Rückschritt auf dem Wege zur Einheitsfront ist die kleinliche Art, in der die KPD auf die Aufforderung der Eisernen Front, am Montag im Lustgarten zu demonstrieren, reagiert hat: die KPD und ihre Unterorganisationen haben gleich am nächsten Tage ihrerseits zu einer zweiten Demonstration aufgerufen. Im Datum kommen sie der Eisernen Front um einen Tag zuvor: am Sonntag um 13 Uhr im Lustgarten.

Wir haben also auch im Falle der Berliner Demonstration das alte Bild: leicht wären die Arbeiter beider Lager zu der gemeinsamen Abwehrfront zusammenzubringen; aber die Führer zusammenzubringen, ist sehr schwer. Beide Führergruppen haben auch in diesem Falle nicht alles getan, was sie im Interesse der Einheit hätten tun können.

Was die KPD auf den Inhalt einwandfreien Aufruf der Eisernen Front hätte tun sollen, haben wir gestern gesagt; sie hätte sagen sollen: wir machen mit. Und die Eisernen Front hätte von vornherein die KPD auffordern sollen, mit ihr gemeinsam die Demonstration zu veranstalten.

Wer wird endlich den ersten Schritt tun, mit dem anderen einmal auf einem anderen Wege zu verkehren als auf dem der Druckerschwärze, durch Aufrufe in der Presse, die naturgemäß weitgehend von propagandistischen Rücksichten diktiert sind? Wann wird sich einmal einer der Führer entschließen, ohne vorherige Ankündigung in der Presse den Genossen von der anderen Partei hinzugehen, um mit ihnen zu verabreden: wir wollen demonstrieren, wollt ihr nicht mitmachen?

Solange die Führer sich unfähig erweisen, die trennenden Hindernisse niederzuliegen, solange

fordern die Arbeiter beider Lager auf, die Aufrechterhaltung der Hindernisse nicht mitzumachen.

Das heißt im Falle der Demonstrationen:

Die Sozialdemokraten gehen nicht nur am Montag zur Eisernen Front, sondern auch am Sonntag zur KPD; und die Kommunisten gehen nicht nur am Sonntag zur KPD, sondern auch am Montag zur Eisernen Front.

Dazu fordern wir alle Arbeiter auf!

Im Zeichen der SA.

Wieder ein Kommunist von Nazis erschossen.

Am Donnerstag fand in Hattingen (Ruhr) eine Schlägerei mit Nazis statt, die von der Beerdigung eines in Wattenscheid erschossenen P. zurückkamen. Ein Kommunist wurde bei der Schießerei getötet, mehrere andere Teilnehmer an der Schlägerei schwer verletzt. Ein anderer Kommunist ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen.

Wohlfahrtsätze - Gemeindelasten - Proletarier.

K. M. Der Magistrat Magdeburgs informierte die Presse über die Wirkung der Reichs-Notverordnung vom 14. Juni auf die Gemeindefinanzen.

Die von BRÜNING geplante Notverordnung soll eine Entlastung der Gemeinden im Wohlfahrts-Etat vorgesehen haben, so daß die Gemeinden im Jahre 1932 nur 75 Prozent der Wohlfahrtsausgaben von 1931 selber aufzubringen hatten.

Die Notverordnung vom 14. Juni bringt aber neue Belastungen.

Zunächst wird durch fortgesetzte Aussteuerung aus der Krisenfürsorge die Zahl der Erwerbslosen, für welche die Stadt Wohlfahrts-Unterstützung zahlen muß, immer höher. In Magdeburg beträgt die Zahl der Wohlfahrtsunterstützungs-Empfänger 54 Prozent der Zahl der Arbeitslosen- und Krisenunterstützungs-Empfänger.

Dazu kommt, daß jetzt den Gemeinden die Bedürftigkeitsprüfung für sämtliche Unterstützungs-Empfänger der Arbeitslosen- und Krisenfürsorge übertragen wird. Für Frauen und Jugendliche allgemein, für Arbeitslosenunterstützungs-Empfänger von der sechsten Woche ab. In Magdeburg handelt es sich dabei um 12 bis 14 000 Fälle, die dabei zu prüfen wären.

Weitere Belastungen ergeben sich durch die Kürzung der Renten aus Sozialversicherung und Reichsversorgung, da

die Empfänger dieser Renten teilweise Mehrforderungen an das Wohlfahrtsamt stellen werden.

Ab 11. Juli gelten in Magdeburg für die Wohlfahrtsunterstützung folgende Richtsätze (in Klammern die bisherigen):

	Allgemeine Fürsorge	Gehobene Fürsorge
Hauptunterstützungs-Empfänger	36 (40) M	44 (50) M
Ehefrau	17 (20) "	17 (22) "
Kinder unter 10 Jahren	10 (16) "	12 (20) "
Kinder von 10 bis 14 Jahren	12 (16) "	14 (20) "
Kinder von 14 bis 18 Jahren	15 (16) "	17 (20) "

Die Richtsatzkürzung wird im Juli nur etwa zur Hälfte durchgeführt. Zum Ausgleich von Härten ist ein Härtefonds von 150 000 Mark geschaffen worden. Für die Rentner, welche durch Kürzungen in der Sozialversicherung betroffen werden, sind 613 000 Mark zur Verfügung gestellt.

Der Arbeits-Beschaffungsplan des Magdeburger Magistrats sieht Ausbau des Straßen- und Kanalisationsnetzes und Erdarbeiten in Höhe von 910 880 Mark vor, wovon $\frac{1}{4}$ für Löhne ausgezahlt werden.

Das Wohlfahrtsamt will für 15 000 Personen Pflichtarbeit beschaffen und die Selbsthilfe-Siedlungen weiter ausbauen.

Nach der Urabstimmung Im englischen Baumwollkampf.

Zu dem Ausgang der englischen Abstimmung im Baumwollkampf schreibt uns unser englischer Mitarbeiter:

Der Hauptausschuß des nordenglischen Textilgewerkschafts-Verbandes hat beschlossen, daß die am Freitag durch die Urabstimmung gefallene Entscheidung nicht die erforderliche Majorität für den Streik ergeben habe. Andererseits erklärte der Ausschuß, daß er sich noch nicht endgültig für den Weg der Verhandlung entschieden hätte.

Es sieht so aus, als wenn die kleineren Gewerkschaften - von ihnen gibt es etwa zehn - sämtlich dem Streik ablehnend gegenüberstehen; diese Haltung allein würde aber die Gewerkschaft der Weber kaum abhalten, den Streik auch ohne die Unterstützung jener Verbände zu wagen.

Die Unternehmer haben einen großen Aufschwung erhalten durch die Unentschiedenheit des Ergebnisses vom vorigen Freitag. Eine Reihe von ihnen, die bisher abwartend waren, fangen bereits an, Lohnkürzungen in den Betrieben vorzunehmen. Das wachsende Selbstbewußtsein der Unternehmerschicht zeigt sich in der Tatsache, daß ihre Vertreter nicht gewillt sind, mit den Gewerkschaften zu verhandeln, es sei denn, daß diese sich auf folgende Bedingungen einlassen:

1. Daß sie anerkennen, daß Lohnkürzungen unvermeidlich sind,

2. daß sie zu den Verhandlungen nicht nur Vertreter, sondern zum Abschließen bevollmächtigte Vertreter senden.

Innerhalb der Weber geht eine Bewegung darauf hinaus, lokale Abmachungen zu treffen. In einigen Bezirken, wie Burnley und Nelson, sind Lohnkürzungen bisher noch kaum eingetreten, während in anderen Bezirken, wie Blackburn, der Kampf gegenüber den Unternehmern schon so gut wie verloren ist. Die Anerkennung dieses Prinzips wäre verhängnisvoll. Die Kohlenindustrie hat das zu spüren bekommen; die Bergarbeiter haben ihre Hoffnung auf ein allengliches Abkommen aufgeben müssen. Die Gefahr der lokalen Vereinbarungen liegt auf der Hand: sie ermöglicht den Unternehmern, die Arbeiter des einen Bezirks gegen die des andern auszuspielen.

Die Hauptgefahr liegt nach wie vor darin, daß die anhaltende Verwirrung und Uneinigkeit der Arbeiter angesichts solch entscheidender Entschlüsse wie ihres Verhaltens dem jetzigen Angriff der Unternehmer gegenüber eine Arbeitniederlegung mehr und mehr erschwert. Am nächsten Freitag findet noch einmal eine Entscheidung statt. Der Hauptausschuß berät inzwischen weiter.

Nach all dem, was man aus den Kreisen der Arbeiter selber hört, würde ein Aufruf der Gewerkschaftsführer zum Streik in dem Augenblick, wo das Kampfsignal mit Festigkeit ausgegeben wird, die Arbeiter sammeln. Schon die wenige Tage, die seit der vorigen Abstimmung verfließen sind, haben nämlich gezeigt, daß das Zögern der Arbeiter den Mut der Unternehmer stärkt, daß diese Herren rücksichtslos auftreten werden, wenn die Losung heißt: Verhandeln.

Allan Flanders.

Kampfwille der französischen Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften haben nach dem Wahlsieg der Linksparteien sofort erklärt, daß sie selbstverständlich erwarten, daß die neue Regierung die Forderungen der Gewerkschaften vertreten werde, besonders da sich ja auch die Radikalen das Programm der CGT (des französischen ADGB) zu eigen gemacht haben. Sie betonen jedoch, daß sich die Gewerkschaften nach wie vor auf keine Regierung, sondern lediglich auf ihre eigene Kraft verlassen.

Die Gewerkschaften haben eine Gelegenheit, sofort zu beweisen, daß sie es mit diesem Grundsatz ernst meinen. Denn die erste Aufgabe der neuen Regierung war die Ausgleichung des Budgets und die erste Maßnahme, die hierzu vorgeschlagen wurde, war die Herabsetzung der Beamtgehälter. Bisher liegt keine Meldung darüber vor, daß irgendein Minister sich mit dieser Maßnahme einverstanden erklärt habe und daß die Regierung wirklich die Absicht hat, auf Kosten der Beamten zu sparen. Aber das freigewerkschaftliche Kartell der öffentlichen Dienste, das die Verbände der Beamten, der Angestellten und Arbeiter der Post, Gemeinden, Eisenbahnen, Tabakfabriken, Gas-, Wasser- und Lichtwerke und der Staatsarbeiter umfaßt, ist schon auf dem Plan und hat zu einer großen Protestaktion aufgerufen. In der Pariser Region wurde diese Aktion gestern durch eine große Kundgebung eingeleitet, die unter dem Vorsitz von JOUHAUX, dem Vorsitzenden der CGT, stattfand. Um zu vermeiden, daß die Kundgebung von Kommunisten gestört würde, wurden nur Mitglieder der CGT auf Vorzeigen des Gewerkschaftsbuches hereingelassen. Etwa 5000 Arbeiter waren anwesend.

Diese Versammlung wurde zu einer Kundgebung gewerkschaftlicher Macht und Einigkeit, wie wir sie in Deutschland seit langem nicht erlebt haben. Kein Redner verließ mit einem Wort den Boden der parteipolitischen Neutralität, weder KP noch SP wurden auch nur erwähnt. Es wurde davon gesprochen, daß es andere Sparmaßnahmen gäbe, daß nicht die Arbeiter und Beamten die Kosten der Krise zahlen sollten, sondern diejenigen, die für die Krise verantwortlich sind, und daß an eine Gehaltkürzung überhaupt nicht zu denken sei, solange die Lebenshaltungskosten nicht gesunken seien. Immer wieder wurde betont, daß es sich nicht nur darum handele, den Beamten die Löhne zu erhalten, sondern daß es im Interesse der gesamten Arbeiterschaft notwendig sei, den Kapitalisten nicht bei weiteren Versuchen, die Löhne zu kürzen, das Argument zu ermöglichen, daß der Staat ja auch die Löhne senke. Wenn von der Solidarität die Rede war, war der Beifall stets am stärksten. Es war den meisten dort anwesenden Arbeitern offenbar nicht in erster Linie darum zu tun, ihren eigenen Lohn zu verteidigen; viele von ihnen

Die beabsichtigte Staatsgerichtshof-Klage wegen der preussischen 100-Millionen-Notverordnung ist von der deutschen nationalen preussischen Landtagsfraktion noch nicht eingereicht worden. Die Deutschen wollen zunächst abwarten, was aus dem nationalsozialistisch-deutschen Gesetzentwurf zur Abänderung der Notverordnung wird.

Einen erfreulichen Beschluß zur Frage der Finanzierung der Kirche durch den Staat hat der Rechtsausschuß des sächsischen Landtags gefaßt. Er hat mit den Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Staatspartei den von der Regierung gebilligten Vergleichsvorschlag des Vorsitzenden des Staatsgerichtshofs über die endgültige Regelung der Verhältnisse zwischen evangelischer Landeskirche und sächsischem Staat abgelehnt, weil er für den Staat zu ungünstig ausfiel.

Cholera in Kanton! Im Laufe einer Woche sind 600 Personen an Cholera gestorben. Die Seuche greift weiter um sich.

Mehrere Fälle von spinaler Kinderlähmung sind in Groß-Otterleben bei Magdeburg aufgetreten. Eines der Kinder ist in einem Magdeburger Krankenhaus gestorben.

Kinderaustausch
Oschatz I.S. - Berlin vom 17. Juli bis 7. August.
Meldet kostenlose Pflegestellen für Oschatzer Arbeiterkinder, sofort an: Internationale Hilfsvereinigung, Berlin SW 68, Wilhelmstraße 195.

arbeiten gar nicht in öffentlichen Betrieben und waren nur als Sympathisierende gekommen.

Angesichts des Protestes der CGT ist es nicht anzunehmen, daß die Regierung noch daran denkt, die Lohnkürzung in der nächsten Zukunft vorzunehmen. Trotzdem soll die Aktion der Gewerkschaften weiter durchgeführt werden; denn vielleicht hat die Regierung diesen Plan nur etwas aufgeschoben. Zu was für Maßnahmen wollen die Gewerkschaften greifen, um diese Kürzung abzuwehren? Verschiedene Redner haben davon gesprochen. Sie sagten, daß man sich vorläufig mit Kundgebungen und Manifesten begnügen könne, daß die CGT aber stärkere Druckmittel in der Hand habe, als deren letztes der Streik in Frage kommt. Lebhafter Beifall begrüßte diese Erklärungen. Man konnte den entschlossenen Stimmen der Redner anhören, daß sie bereit sind, von der gewerkschaftlichen Macht Gebrauch zu machen, und man konnte sehen, daß die Arbeiter nur darauf warten, Kämpfe führen zu können. Die Begeisterung steigerte sich noch, als JOUHAUX das Schlußwort ergriff. Er sagte,

daß Lohnkürzungen in anderen Ländern, z. B. in Deutschland, Oesterreich, England, Italien hingenommen worden seien, und daß man jetzt sehen könne, daß der Erfolg eine weitere Verschärfung des Elends ist.

Die französischen Gewerkschaften verfallen nicht dem Irrtum, daß Lohnsenkungen zur Behebung der Krise notwendig sind, und sie werden sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen wehren.

Eine solche Kundgebung zeigt, daß die Arbeiterbewegung in Frankreich im Aufstiege ist. Die Gewerkschaften gewinnen jedes Jahr an Mitgliedern und der revolutionäre Geist der Genossen verhilft meist, daß ihre Führer sich um Gewerkschaftskämpfe drücken.

Hilde Meisel (Paris).

MAGDEBURG

„Ihr Apfelsaft schmeckt ausgezeichnet,“
senden Sie bitte 50 Flaschen.“

So schrieb wieder ein Kunde. Wir haben viele anerkennende Urteile. Machen auch Sie einen Versuch!

Apfelsaft, edel und würzig, 10 Flaschen nur 5,40 Mark.
Per Bahn ab hier ausschließlich Flaschen.

Frischkost-Reformhaus
Magdeburg, O. v. Guerickestr. 104.

Bereits 80 Mark genügen!
Und Sie erhalten einen hochwertigen **MaBanzug**, aus erstklassigem Stoff, mit bestem Futter, in sorgfältiger MaBarbeit.

Preisänderungen nach oben und auch nach unten, je nach Stoffqualität. Machen Sie bitte einen Versuch!

R. Schönheit, MAGDEBURG, Otto von Guerickestr. 104, N. v. I.

BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen

A. H. TIMMERMANN
Hamburg, Barockstraße 8.
Telefon: 26 53 42

BERLIN

KAMERA

DIE Unter den Linden 14 - A1 Jäger 2987.

Ab 1. Juli:
Czinner: Arlane
mit Elisabeth Bergner, Rudolf Forster, Theodor Loos.

Anfangsseiten: 18, 17, 19 und 21 Ufr.

Freunde und Leser des „Funkens“!

Unterstützt Eure Zeitung!

Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einträgen unsere Inserenten!

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate
stellt schnell, sauber und billig her

Oscar Wettig, Gelnhausen

Robert Poppmüller, Göttingen
Buchhandlung und Antiquariat
für moderne Literatur
Kataloge und Auskunft gratis!

Indien in der Zange

Die wirtschaftliche Not eines großen Volkes

Von **KARL HINKEL**

Mit einer Karte und 9 Bildern. 156 Seiten. Broschiert 3 Mark. In Ganzleinen 4 Mark.

Aus den Presse-Urteilen:
„Eine eingehende Auseinandersetzung mit der englischen Kolonialpolitik in Indien. Eine vernichtende! - Diese Tatsachen - die zum Teil wohl unbekannt sind - müßten jedem Menschen die Augen öffnen über die Verfahrtheit der kapitalistischen Welt. ... Zusammenfassend: Man lese es mit Kritik, und man wird Wertvolles gewonnen haben.“
„Das Andere Deutschland“, Nr. 26, 25. Juni 1932.
„Zum wohltuenden Unterschied von der durch die Gandhi-Bewegung ausgelösten großen Indien-Literatur zeigt das Buch Hinkels die wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen auf, unter denen die Millionenmassen der indischen Bevölkerung heute noch leben müssen. ... Auch mit den Vorschlägen für die Beseitigung dieser Uebelstände, die Hinkel angibt, werden sich wohl die meisten Leser einverstanden erklären können.“
„Die Intern. Gewerkschaftsbew.“ (Herausg. v. IQB.) 12. Jahrg. Juni 1932, Nr. 6.
„In diesem Buch werden Tatsachen aus dem Leben des indischen Volkes, die dem Europäer in weitem Maße unbekannt sind, berichtet.“
„Arbeit und Wirtschaft“, 1. Juni 1932.
„Die Auseinandersetzung mit Gandhis wirtschaftlichen und politischen Lehren wird besonderes Interesse finden, zumal sie auf Grund von Gesprächen mit Gandhi und seinen Schülern erfolgt.“
„Volksblatt“ (Bochum), Nr. 105, 6. Juni 1932.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a,
Postscheckkonto: Berlin 81 843.

Die Rechtsfrage der Zeitungsverbote.

Zur Ablehnung des „Vorwärts“-Verbots führt SEVERING unter anderem aus:

„Ich vermag nicht anzuerkennen, daß durch die beanstandeten Veröffentlichungen der Herr Reichspräsident oder die Reichsregierung beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht würden; auch sehe ich in diesen Veröffentlichungen keine Gefährdung lebenswichtiger Interessen des Staates durch die Behauptung unwahrer oder entstellter Tatsachen.“

Der Tatbestand der Beschimpfung — so heißt es weiter — müsse ausscheiden, weil das Merkmal einer besonders rohen Form nicht gegeben sei.

Auch bezüglich des Tatbestandes der böswilligen Verächtlichmachung fehle es schon an dem objektiven Merkmal (der Verächtlichmachung). Die Auslassungen in der Sondernummer des „Vorwärts“ enthielten eine sehr scharfe politische Kritik an den Maßnahmen der Reichsregierung und des Reichspräsidenten und sollten offenbar die Auffassung derjenigen Kreise wiedergeben, die von den sozialen Einschränkungen in eigener Person betroffen werden und außerdem politische Gegner der NSDAP seien. Diese scharfe Kritik könne indessen noch nicht als Kundgebung angesehen werden, die den Reichspräsidenten und die Reichsregierung als mit einem sittlichen Makel behaftet hinstellen und sie als der Achtung der Volksgenossen unwürdig erscheinen lassen wolle.

Eine Gefährdung lebenswichtiger Interessen des Staates könnte nur dann vorliegen, wenn durch die beanstandete Veröffentlichung die Gefahr ernsthafter Gewalttätigkeiten in Gestalt von Aufrührbewegungen oder anderen inneren Unruhen hervorgerufen würde. Zu einer weitergehenden Auslegung dieses Begriffes böten weder die Fassung noch die Vorgeschichte der Verordnung irgend einen Anhalt. Daß die Auslassungen in der Zeitung die Hervorrufung von Gewalttätigkeiten besorgen ließen, vermöge er umso weniger anzuerkennen, als in demselben Blatte ein Aufruf zur Zurückhaltung und zur Unterlassung von Gewalttätigkeiten abgedruckt sei.

Zu seiner Ablehnung des Verbotes der „Kölnischen Volkszeitung“ führt der preußische Innenminister u. a. aus:

„Ich vermag nicht anzuerkennen, inwiefern die Ausführungen des beanstandeten Artikels eine Beschimpfung im Sinne der Ziffer 2 a. a. O., d. h. eine nach Form oder Inhalt besonders verletzende rohe Äußerung der Mißachtung gegenüber dem Herrn Reichskanzler enthalten sollten.“

Die Ueberschriften „Schwere Mißgriffe des Herrn Reichskanzlers“ und „Ist Herr VON PAPAN noch als Delegationsführer möglich?“ stellen lediglich eine Kritik an der politischen Haltung des Herrn Reichskanzlers auf der Lausanner Konferenz dar, diese wird ergänzt durch die Ausführung, der Herr Reichskanzler habe durch sein Garantieangebot namens aller nationalen Kräfte Deutschlands — unter Anspielung auf die Verschönerung der politischen Kräfte in Deutschland — eine auswärtige Macht zur Benutzung der inneren deutschen Schwierigkeiten eingeladen; die am Schluß des Artikels wiedergegebene angebliche Meinung in deutschen Rechtskreisen: „Dieser Kanzler ist eine Katastrophe!“ soll das Urteil der Zeitung, der Herr Reichskanzler sei für die Leitung der deutschen auswärtigen Politik ungeeignet, unterstützen. Mehr als eine solche scharfe, aber doch sachliche Kritik, wie sie übrigens von Blättern der politischen Rechten noch vor kurzer Zeit im Hinblick auf die Außenpolitik der Regierung des früheren Reichskanzlers in ungleich schärferer Form völlig unbeanstandet geübt werden konnte, kann meines Erachtens in diesen Ausführungen keinesfalls gesehen werden. Ob der Herr Reichskanzler durch die Ausführungen des Artikels in objektiver Hinsicht verächtlich gemacht worden ist, kann dahingestellt bleiben.“

Zur Erfüllung des Tatbestandes — so wird weiter ausgeführt — fehle es auf jeden Fall an dem erforderlichen subjektiven Merkmal der „Böswilligkeit“. Trotz aller Schärfe der Kritik liege es auf der Hand, daß die in ihm enthaltenen Angriffe rein sachlichen und nationalen Motiven, vor allem auch der Sorge um die innere Einheit des deutschen Volkes bei seinem Ringen um die äußere Befreiung entsprungen seien.

Daß das Vorhandensein einer wohlmeinenden Tendenz „Böswilligkeit“ auch dann ausschließe, wenn rein objektiv der Tatbestand der Verächtlichmachung vorliegen sollte, werde auch vom Reichsgericht anerkannt.

Bei dieser Würdigung dürfe auch nicht an der Tatsache vorbeigegangen werden, daß die „Kölnische Volkszeitung“ sich stets einer sachlichen Schreibweise befleißigt, die deutsche Außenpolitik vom nationalen Standpunkt immer in loyaler Weise unterstützt und bisher noch niemals Anlaß zu behördlichem Einschreiten gegeben habe.

SEVERING bemerkt weiter, die Tatsache der Veröffentlichung des Kanzler-Interviews im „Matin“, die von einem sehr großen Teil der deutschen Presse auf Grund einer Mitteilung des zu amtlichen Verlautbarungen stets benutzten Telegraphen-Büros gebracht worden sei, werde wohl nicht bestritten. Insofern liege also keine Behauptung oder Verbreitung einer unwahren oder entstellten Tatsache vor. Ob der vom „Matin“ veröffentlichte Wortlaut des Interviews richtig war, konnte von der deutschen Tagespresse unmöglich nachgeprüft werden. Er erschien auch keineswegs so unwahrscheinlich, daß einer deutschen Zeitung zugemutet werden konnte, die Veröffentlichung des „Matin“ ohne weiteres als

unwahr oder wenigstens äußerst zweifelhaft zu behandeln. Es sei nicht zu ersehen, inwiefern der Abdruck des Interviews in einer deutschen Zeitung lebenswichtige Interessen des Deutschen Reiches auf dem Gebiet der Außenpolitik gefährden sollte.

SEVERING sagt zum Schluß: „Wenn aber, wie die „Kölnische Volkszeitung“ offenbar annimmt, der in der französischen Meldung geschilderte Verlauf und die daraus erhellende vermeintliche Einstellung des Herrn Reichskanzlers als den deutschen Interessen abträglich anzusehen war — dies scheint übrigens nach dem Vorgehen der Reichsregierung auch deren Auffassung zu sein —, so könnte in dem Verhalten der „Kölnischen Volkszeitung“ eher eine Förderung als eine Schädigung lebenswichtiger deutscher Interessen erblickt werden. Jedenfalls förderte die Erörterung der Öffentlichkeit die Richtigstellung des im „Matin“ veröffentlichten Textes des Interviews und stärkte durch die einhellige Ablehnung der dem Herrn Reichskanzler unterstellten Äußerungen m. E. den Rückhalt der deutschen Delegation in der öffentlichen Meinung der Heimat beachtlich.“

Wir haben SEVERINGS Begründungen so ausführlich wiedergegeben, weil sie für viele lehrreich sind, die in nächster Zeit besondere Aufmerksamkeit darauf verwenden müssen, Zeitungsverbote zu verhindern oder gegen solche Verbote vorzugehen. In diese Lage kommen alle Mitarbeiter von Arbeiterzeitungen. SEVERINGS Begründung für seine Ab-

lehnung ist eine gediegene Arbeit; er hat den Reichsgerichtsräten, deren Sympathie etwa mehr bei Herrn VON GAYL liegt, das Kopfzerbrechen nicht erleichtert.

Mehr kann man von einer solchen Begründung nicht verlangen.

Für den politischen Machtkampf, von dem das Ansinnen GAYLS an SEVERING nur ein Teil ist, ist mit dieser juristischen Auseinandersetzung kaum etwas geschehen. Dieser Machtkampf geht um die Beseitigung der — nicht ohne ihre eigene Schuld — stark geschwächten alten Preußenregierung. Man muß diesen Vorstoß GAYLS im Zusammenhang mit seinem scharfen Vorgehen gegen die süddeutschen Länder verstehen.

Der Konflikt ist also auch dann nicht erledigt, wenn das Reichsgericht sich auf den Standpunkt SEVERINGS stellen sollte. In diesem Fall sind neue Angriffe der Reichsregierung gegen die preußische zu erwarten.

„Vorwärts“-Verbot für zulässig erklärt.

Wie wir soeben erfahren, hat sich der berüchtigte Vierte Strafsenat des Reichsgerichts damit einverstanden erklärt, daß der „Vorwärts“ verboten wird.

Er hatte offenbar gar keine Zeit, damit zu warten, bis ihm zu dem Vorschlag des Verbots der „Kölnischen Volkszeitung“ Gründe einfielen.

Krise und Faschismus in Lettland.

Niemals seit Bestehen des jetzigen Staates Lettland waren Elend und weißer Terror so stark fühlbar wie heute. Wahrscheinlich wird die Reaktion durch eine bewaffnete Erhebung bald die Staatsmacht offen ergreifen.

Das ganze Wirtschaftsleben stagniert. Die Zölle auf alle Waren des Massenverbrauchs sind erhöht worden. Trotzdem gingen die Zolleinnahmen zurück:

1929 = 65 Millionen Lat.
1930 = 56 Millionen Lat.
1931 = 34 Millionen Lat.

(1 Lat = 0,84 Mark).

Der gesamte Außenhandel ist entsprechend gesunken:

	Export (in Lat)	Import
1929	56 Millionen	72 Millionen
1930	33 Millionen	47 Millionen
1931	22 Millionen	18 Millionen

(Ein Vergleich der Zolleinnahmen mit den Importzahlen zeigt das enorme Anwachsen der Zollmauern. Danach betrugen die Zölle verglichen mit dem Preis der eingeführten Waren durchschnittlich

1929 90%
1930 119%
1931 189%.

Red.)

Den Abbau der Landarbeiter-Löhne zeigt die folgende Tabelle:

Jahreslohn eines Landarbeiters (in Klammern der Frauenlohn) in Lat.

Provinz	1921/29	1931	1932
Vidzeme	496 (320)	508 (356)	336 (245)
Kurzeme	444 (225)	473 (315)	306 (209)
Zemgale	497 (315)	478 (335)	335 (248)
Lettgale	334 (226)	359 (255)	250 (179)
Durchschnitt	443 (272)	455 (315)	307 (220)

Das lettische Proletariat ist nicht kampffähig. In den Gewerkschaften (sozialdemokratisch) sind 23 000 Arbeiter organisiert. Die Sozialdemokratische Partei hat 9000 Mitglieder. Aber auf dem Rücken der Organisierten reiten Führer, deren Beruf es bloß ist, in einem für den Staat günstigen Sinn zu „führen“ und sich damit ihr Brot zu verdienen.

Die Kommunistische Partei ist verboten. Sie hat ungefähr 1000 Mitglieder; ungefähr ebensoviel hat die kommunistische Jugend. Die Polizei hält auf der Straße oft die Passanten zur Paßrevision an. Bei Streikagitation wird man verhaftet. Die Staats- und Gemeindebeamten haben kein Streikrecht.

Übersetzt aus dem „Sennatīdīa“.

Klagges-Polizei im Bunde mit SA.

W. P. Braunschweig, 30. Juni.

Heute abend durchfahren zwei Ueberfallkommandowagen der Polizei die Lange Straße, ohne daß dazu ein besonderer Anlaß vorgelegen hätte. Die Polizeibeamten trieben die vor den Türen stehenden Bewohner in die Häuser, schlugen auf vorübergehende Passanten mit ihren Gummiknüppeln ein und zerrten etwa 15 Arbeiter — in einem Falle sogar an den Haaren — in die wartenden Autos. Der Braunschweiger Polizeikommandeur ist ein NS-Mann, Herr KLACGES der Polizeiminister. Ist es da ein Wunder, wenn die Polizei SA-Dienst tut?

L. W. Mit ungefähr 1000 Mann „eroberten“ heute — unter dem Schutze der Polizei — die Nationalsozialisten ein Arbeiterviertel der Außenstadt. Schon an Abenden vorher hatten 30 bis 40 SA-Leute dort einen „Einbruch“ versucht. Es kam zu Schlägereien und Schießereien. Um den Arbeitern aber endlich einmal die SA zu zeigen, wandte man folgende Methode an. Auf einem Platze ganz in der Nähe der Arbeiterstraßen wurde eine Versammlung abgehalten. Der Inhalt der Rede war: tatendurstig für Deutschlands Freiheit. Dann zog die SA mit Musik in das zu erobernde Gebiet ein; wohlbehütet von der Polizei. Höhnisch rief ein SA-Mann einer Gruppe Arbeiter zu: „Heute sind wir aber mehr als vierzig!“

Die Kriegsstimmungsmache wird organisiert.

Laßt Euch nicht infizieren!

Der Kriegspropagandagefahr muß die Arbeiterschaft in nächster Zeit erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden. Denn es geschieht viel, um die deutsche Bevölkerung mit dem Gedanken an den nächsten Krieg vertraut zu machen.

So hat der Deutsche Luftschutzverband, der sich vor einigen Tagen an der Vernebelung Ostpreußens beteiligte, am Donnerstag in Berlin eine Tagung seines Sachverständigenausschusses gehabt. Darüber wird unter anderem gemeldet:

Das Mitglied des Vorstandes, GASSERT, berichtete über den augenblicklichen Stand der Arbeiten, die eine große Volksorganisation auf parteipolitisch neutraler Grundlage schaffen sollen. In kurzer Frist würden in sämtlichen Städten Deutschlands Ortsgruppen des Deutschen Luftschutz-Verbandes bestehen und in engster Zusammenarbeit mit den Luftschutzbehörden tätig sein.

Aufgepaßt! Die parteipolitisch neutrale Grundlage ist das Glatteis, auf das auch die Arbeiter hier gelockt werden sollen.

Während der Jahre 1915 bis 1918 standen in Berlin ausgemergelte Frauen vom Spätnachmittag an die ganze Nacht hindurch auf der Straße vor dem Schlachthofeingang an, um am nächsten Vormittag ein Stück Fleisch zu ergattern. An solche Tatsachen müssen wir uns wieder erinnern, um der Anfüllung der Gehirne mit Kriegsgedanken einen Widerstand entgegenzusetzen. Solcher Erinnerung dient unter anderem der Roman von PLIVIER, den wir abdrucken

Bravo, Azana!

Die Gefahr aller Revolutionen, daß die Reaktion ihre Zufluchtsstätte in der Armee behält, zeigt sich auch in Spanien. Bei einer Truppenübung der Garnison von Madrid hielten drei Generale Ansprachen, die mit versteckten Angriffen gegen die Republik gespickt waren. Der Chef des Generalstabes brachte zum Schluß ein Hoch auf Spanien aus; die vorgeschriebene Ehrung für die Republik ließ er fort. Als daraufhin ein Oberstleutnant auf diese Unterlassung aufmerksam machte, kam es vor versammelter Mannschaft zu einem heftigen Aufruhr zwischen den beiden Offizieren. Daraufhin wurde der Oberstleutnant verhaftet und in das Militärgefängnis gebracht.

Nun hat AZANA als Kriegsminister den Generalstabschef und die drei Generale, die die Ansprachen gehalten haben, abgesetzt. Bravo!

Der Majestätsbeleidigungsprozeß

gegen Dr. WEHNER, den Herausgeber einer jetzt verbotenen persischen Zeitschrift, ist am Donnerstag in zweiter Instanz (vor dem Landgericht I in Berlin) wieder aufgelebt. WEHNER hatte Artikel gedruckt, die sich mit dem Vorleben des Schahs von Persien befaßten. Der hatte dann durch die Gesandtschaft Strafantrag gestellt.

Die erste Instanz hatte WEHNER freigesprochen. Jetzt ist er wegen Beleidigung des Schahs zu sechs Wochen Festungshaft verurteilt worden. Die Verhandlung war „wegen Gefährdung der Staatssicherheit“ nicht öffentlich. Auch die Presse war ausgeschlossen.

Das Vorleben des Schahs scheint also geradezu (staats-)erschütternd zu sein.

Der Flick-Skandal.

Die Reichsregierung beabsichtigt, einen Untersuchungsausschuß aus drei unabhängigen Persönlichkeiten einzusetzen. Dieser soll prüfen, ob das „Geschäft“ des Reiches wirklich im Interesse der Allgemeinheit gelegen hat, ob und welche Vorteile den verschiedenen Interessenten und Interessentenhäufen zugeflossen sind.

Hier könnte wirklich notwendige Aufklärungsarbeit geleistet werden. Es ist aber auch wohl möglich, daß der Skandal ein Begräbnis erster Klasse erhält.

Polarexpeditionen der Sowjet-Union.

Wie amtlich bekanntgegeben wird, bereitet das Arktische Institut in Leningrad zwei neue Polarexpeditionen vor. Der Eisbrecher „Sibirjakow“ wird unter Leitung des Professors SCHNEJR im Juli von Archangelsk auslaufen und unter günstigen Verhältnissen im Oktober oder November in Wladivostok eintreffen. Er soll das ganze Gebiet längs der Nordküste Nordost-Europas und Asiens erforschen. Unter der Leitung des Professors SAMOILOWITSCH wird ferner der Eisbrecher „Russanow“ bis zur nördlichsten Spitze Eurasiens, dem Kap Tscheljuskin, vordringen, um dort eine wissenschaftliche Station einzurichten. An dieser Expedition SAMOILOWITSCHS wird auch NOBILE teilnehmen.

Wer darf Demonstrationen verbieten?

Severings Ausführungsbestimmungen.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der preußische Minister des Innern am 29. Juni d. J. zur Zweiten Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 28. Juni und zur Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlungen und Aufzüge vom 28. Juni 1932 Verordnungen erlassen, die die Zuständigkeit für das Verbot öffentlicher politischer Versammlungen und für die Beschlagnahme und Einziehung von Plakaten u. s. w. regelt.

Zuständig für das Verbot öffentlicher politischer Versammlungen und von Versammlungen und Aufzügen unter freiem Himmel sowie für die Genehmigung solcher Veranstaltungen unter Auflagen statt eines Verbots nach § 1 der Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlungen und Aufzüge vom 28. Juni 1932 sind in Stadtkreisen und Orten mit staatlicher Polizeiverwaltung die Ortspolizeibehörden, im übrigen die Landräte. Zuständig zur polizeilichen Beschlagnahme und Einziehung von Plakaten, Flugblättern und Flug-schriften gemäß § 3 der Verordnung sind außer den Ortspolizeibehörden auch die Landräte und der Polizeipräsident (Landeskriminalpolizeistelle I) in Berlin. Die Beschlagnahme und Einziehung erstreckt sich auf den Bereich der anordnenden Behörde; wird die Beschlagnahme und Einziehung vom Polizeipräsidenten (Landeskriminalpolizeistelle I) in Berlin ausgesprochen, so erstreckt sich die Wirkung der Maßnahme auf das ganze Staatsgebiet.

Aus der Werkstatt der Krisenmacher.

Ein Krisenprogramm der französischen Unternehmer.

Die Unternehmerverbände Frankreichs haben kürzlich eine gemeinsame Sitzung abgehalten, auf der sie zu der Überwindung der Krise Stellung genommen haben in einer Entschliebung, die jetzt vorliegt.

Der Gedankengang dieser Entschliebung liegt nicht so klar zu Tage wie der des Krisenprogramms der französischen Gewerkschaften, über das wir kürzlich im „Funken“ (in Nr. 138) berichteten. Doch läßt sich folgende Überlegung aus dem Manifest der Unternehmer herausheben, die auch den sonst von ihnen vertretenen Auffassungen entspricht:

Der französische Export und die französische Produktion für den Innenmarkt werden erschwert durch die Höhe der Produktionskosten, während gleichzeitig die Einfuhr fremder Erzeugnisse nach Frankreich durch die Höhe der Verkaufspreise in Frankreich begünstigt wird. Die Produktionskosten sind so hoch teils wegen der Höhe der Steuern, teils wegen der Kosten der Sozialversicherung, teils wegen der Höhe der Lebenshaltungskosten (ohne deren Senkung die Unternehmer natürlich nicht so leicht die Löhne senken können). Dies alles liegt an der falschen Gestaltung der Finanz- und Sozialpolitik der französischen Regierung: Sie hat die Ausgaben unnatürlich gesteigert und dadurch einerseits eine Art von Inflation herbeigeführt, die es zu beseitigen gilt, andererseits ein Budgetdefizit verursacht, das jetzt ausgeglichen werden muß. Der Hebel zur Beseitigung der Krise muß also angesetzt werden bei der Reform der staatlichen Finanz- und Sozialpolitik.

So viel zur Kennzeichnung des Hintergrundes der vier Hauptforderungen, die die Unternehmer in den Mittelpunkt ihres Programms stellen:

1. Die Staatsausgaben sind unnatürlich gesteigert dadurch, daß der Staat in wachsendem Maße durch eigene Betriebe und Unternehmungen an der Wirtschaft teilnimmt. Auf diesem Gebiete lassen sich große Ersparnisse erzielen. Auch durch eine Neuordnung des Gesetzes über Sozialversicherung läßt sich eine erhebliche Verringerung der Staatsausgaben erreichen.

2. Die Unternehmer in Privatbetrieben müssen Arbeiterentlassungen und Lohnkürzungen vornehmen. Es ist daher nur recht und billig, daß auch die Beamtgehälter verringert werden.

3. In allen Ministerien lassen sich die Ausgaben durch Verringerung der Beamtzahl und durch Zurückstellung aller nicht dringenden Arbeiten verringern.

4. Wenn die Staatsfinanzen auf die angegebene Weise, und nicht durch Erhöhung der Steuern, ins Gleichgewicht gebracht werden, so werden die Staatsanleihen im Werte steigen und die öffentliche Schuldenlast wird sich infolgedessen durch Anleihekonzersionen (Umtausch hochverzinslicher in niedriger verzinsliche Anleihen) verringern lassen.

Die französischen Gewerkschaften haben in dem erwähnten Programm zur Richtschnur genommen, daß die Kaufkraft der Massen nicht gesenkt sondern gehoben werden soll. Die von den Unternehmern vorgeschlagenen Maßnahmen zielen fast ausnahmslos auf das Gegenteil ab: Denn Neuordnung der sozialen Gesetzgebung bedeutet für die Unternehmer Senkung der Zuwendungen für Kranke, Invalide u. s. w. Die Verringerung der Beamtgehälter, Entlassung von Staatsangestellten, Zurückstellung öffentlicher Arbeiten (statt eines Arbeitsbeschaffungsprogramms!) bedeuten

Verringerung der Kaufkraft der Massen.

Und die Senkung der Lebenshaltungskosten, auf die die deflationistische Politik der Unternehmer abzielt, soll nur die Grundlage bilden für Lohnsenkungen, ohne die die Unternehmer ihre Profite nicht aufrecht erhalten können.

Wir sehen also: Die französischen Unternehmer haben nichts zugelehrt aus den Erfahrungen in Deutschland und England, wo Maßnahmen ähnlicher Art zur Verringerung der Massenkaufkraft und damit zu weiterem Rückgang der Nachfrage und also der Produktion geführt haben. Wenn die Maßnahmen durchgeführt würden, die die französischen Unternehmer vorschlagen, so würde gerade einer der wichtigsten Gründe für die verhältnismäßige Krisenfestigkeit der französischen Wirtschaft schwinden: die Langsamkeit, mit der die Massenkaufkraft absinkt.

Noch eine Warnung für Neugierige.

EDWARD G. BLUMBERG: „Am Krankenbett der Wirtschaft.“ ERICH LICHTENSTEIN Verlag, Weimar, 1932. 178 Seiten.

Die Warnung vor nationalsozialistischer Wirtschaftsliteratur in Nr. 150 des „Funken“ war zu begrenzt. Wir erweitern sie heute nach der Lektüre des obengenannten Buches von BLUMBERG.

Das Buch ist eine geschickte und flüssig geschriebene Darstellung einiger Krisenprobleme und einer falschen Lösung dieser Probleme.

Schon der Ausgangspunkt ist falsch und zeugt von ausreichender Unkenntnis auf dem Gebiet der Volkswirtschaftslehre: BLUMBERG ist der Ansicht, daß bisher die Erkenntnis übergangen worden sei, „welche bedeutende Rolle das psychologische Moment in der Wirtschaftslehre spielt“ (Seite 6). Die Wirtschaftslehre ist geradezu auf Psychologie aufgebaut. Und die Tagespresse, insbesondere in den USA, hat jahrelang den Versuch gemacht, der Krise auf psychologischem Wege beizukommen: durch Zurufen zu Optimismus.

BLUMBERG zitiert einen Franzosen: „Gegen solche Krisis sind die größten Volkswirtschaftler machtlos. Es wäre richtiger, sich an die Psychiater zu wenden.“ (Seite 91.)

Wer viele solche Bücher wie das von BLUMBERG liest, — der hat es nötig, sich an einen Psychiater zu wenden! Wir werden gleich sehen, warum.

Zur Erklärung für den Ausbruch der amerikanischen Krise 1929 baut BLUMBERG folgende schöne Theorie: Es sei dort allmählich eine Generation zur wirtschaftlichen Selbständigkeit gelangt, die überhaupt noch keine Baisse (kein Absinken der Konjunktur) mitgemacht habe. (Seite 78.) Diese schöne Theorie ist aufgebaut lediglich auf Herrn BLUMBERGS Unkenntnis. Er weiß anscheinend nicht, daß die USA 1920/21 eine schwere Krise durchgemacht haben, in der die Preise sogar noch stärker gefallen sind als in der gegenwärtigen Krise.

Bis zu dieser Stelle hatte ich zwölf grobe Fehler und Mißverständnisse gezählt, dann habe ich das Zählen aufgegeben.

Man sieht aber noch mehr: Einige der Hauptursachen für das Defizit der französischen Staatsfinanzen, die Subventionen der Privatindustrie und die Rüstungsausgaben, werden in dem Programm der Unternehmer überhaupt nicht erwähnt. Und das mit gutem Grund: Denn

Zuschanzung von Milliarden an die Privatindustrie in Form von Staatszuwendungen für halbbankrotte Banken, Eisenbahnen, Schiffahrtsgesellschaften u. s. w., und in Form von Aufträgen für die Rüstungsindustrie ist die Grundlage für leicht zu erraffende Profite eben jener Unternehmer, die jetzt den drohenden Staatsbankrott bewehklagen.

Aber gerade jene beiden Posten: Subventionen an Privatunternehmungen und Rüstungsausgaben, sind es, bei denen die Kürzungen einsetzen müssen, wenn der französische Staatshaushalt ins Gleichgewicht gebracht werden soll.

Unter diesem Gesichtspunkt ist das Krisenprogramm der französischen Unternehmer nichts weiter als einer jener sattem bekannten Versuche der Kapitalisten, die Folgen der Krise mit Hilfe des Staatshaushaltes von sich auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. Gerhard Kumbelen (Paris).

Fortschritt der Krise in Frankreich.

Produktionsrückgang.

Wie zu erwarten war, sank die französische Konjunktur auch im ersten Halbjahr 1932 weiter beträchtlich ab. Das Tempo des Absinkens hat sich bis zum Ende des Frühjahrs kaum verringert, obwohl die saisonmäßige Belebung der Geschäfte dem Konjunkturabstieg entgegenwirkte. Der amtliche Produktionsindex zeigt jedenfalls bis zum Mai einen gleichmäßigen Rückgang auf; denn er betrug:

	Höchststand 1930	Ende 1931	April 1932
Generalindex	144	111	95
Maschinenindustrie	162	118	96
Stahlindustrie	133	82	71
Bergbau	159	105	95
Bautätigkeit	142	122	107
Textilindustrie	97	59	52
Automobilindustrie	685	471	430

Der Rückschritt ist jetzt am stärksten bei der Maschinenindustrie, dagegen geringer bei jenen Gewerben, die am frühesten von der Krise ergriffen worden waren: der Textil- und der Stahlindustrie. Der Bergbau hält sich dank der außerordentlichen Maßnahmen gegen die Einfuhr gut. Zum erstenmal seit Kriegsende ist jedoch

die französische Industrieproduktion unter den Stand von 1913 gesunken.

Preisbewegung.

Der gewogene Index von 126 Produkten, den die amtliche französische Statistik veröffentlicht, veränderte sich folgendermaßen:

	Ende 1931	Februar 1932	Mai 1932
Generalindex	442	446	438
Lebensmittel	491	511	511
Industrieartikel	400	389	374

Im Winter hat also eine kleine Erhöhung stattgefunden, die im Frühjahr wieder einer rückläufigen Bewegung Platz gemacht hat. Gleichzeitig hat sich aber die

Oeffnung der Preisschere weiter stark zu Gunsten der Agrarprodukte erweitert,

was nicht gerade zum Vorteil der Industrie gereicht. Der Pariser Detailpreisindex (betrifft 13 lebensnotwendige Artikel) ist denn auch von Ende 1931 bis Ende Mai 1932 von 557 auf 562 gestiegen. Der Index der Lebenshaltungskosten wird für das 1. Quartal dieses Jahres auf 534 berechnet gegen 531 im 4. Quartal vorigen Jahres.

Die Massenkaufkraft wird insbesondere durch die agrarpolitischen Maßnahmen künstlich niedrig gehalten. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die Konjunktur weiter absinkt.

Daß BLUMBERG eine Maßnahme auf dem Gebiet der Währung (die Einführung eines internationalen Zahlungsmittels, des „Inter“) zur Behebung der Krise vorschlägt, überrascht den Kenner nicht. Die Währungsprojekte schießen ja wie Pilze aus der Erde. Und das beruht nicht nur darauf, daß sehr wenige von Sachen der Währung etwas verstehen, sondern außerdem darauf, daß die meisten Produzenten volkswirtschaftlicher Literatur zu faul sind, die wirtschaftlichen Zusammenhänge zu durchdenken und die Tatsachen auch nur zur Kenntnis zu nehmen.

Im Krieg bepinselten alle Militärärzte alles, was unter ihre Finger kam, mit Jod, im übrigen verordneten sie Aspirin. Ähnlich verordnet die ganze Gesellschaft derer, die von Volkswirtschaft nichts verstehen und es nur deshalb wagen können, unter hochtönenden Titeln über volkswirtschaftliche Fragen zu schreiben, weil ihre Leser noch weniger davon verstehen, — ähnlich verordnet diese Gesellschaft wissenschaftlicher Hochstapler Währungsreform.

BLUMBERG hat offenbar außerdem in einem Lehrbuch der Finanzwissenschaft nachgeschlagen, welche Steuern allgemein für besonders unsozial oder wirtschaftsschädigend gehalten werden. Nur so kann sein Steuerprogramm zu stande gekommen sein:

1. Abschaffung sämtlicher Gemeindesteuern, ausgenommen die Bürgersteuer.
2. Abschaffung sämtlicher Landessteuern, ausgenommen die Hauszinssteuer.
3. Abschaffung vieler Reichssteuern, vor allem der Gewerbesteuer (ist übrigens keine Reichsteuer! Bpt.), Einkommenssteuer, Körperschaftsteuer, Vermögenssteuer, Kapitalverkehrssteuer u. s. w. „Dafür wäre die Umsatzsteuer auf Waren (und nur auf Waren!) auf 4 Prozent, notfalls auf 5 Prozent zu erhöhen.“ (Seite 114.)

Kurz: Wir stimmen BLUMBERGS letztem Satz vollkommen zu:

„Jagt die Kurpfuscher vom Krankenbett der Wirtschaft!“
Hellmut Rauschenplat.

Rückkehr zur Handelspolitik?

Am 1. Juli läuft eine große Anzahl der bisherigen französischen Einfuhrkontingente ab. Es ist daher besonders interessant zu hören, daß nach dem Regierungswechsel im französischen Handelsministerium ein anderer Wind weht. Nach einer soeben veröffentlichten Mitteilung hat der französische Handelsminister die notwendigen Maßnahmen zur Verlängerung der für Industrieerzeugnisse bestehenden Einfuhrkontingente getroffen.

Die Formulierungen sind vorsichtig, aber doch eindeutig: Der Minister habe vor der schweren Aufgabe gestanden, die allmähliche Rückkehr zu einer größeren Freiheit im internationalen Gütertausch vorzubereiten, ohne mit dem bisherigen System der Einfuhrkontingentierung vollständig zu brechen. Im großen und ganzen seien die bisherigen Kontingente aufrecht erhalten worden, der größte Teil von ihnen sei aber um 10 bis 30 Prozent der bisherigen Einfuhrmengen erhöht worden. Bei denjenigen Waren, deren Kontingente unverändert bleiben, sollen die neuen demnächst erscheinenden Verordnungen gewisse Aenderungen der bisherigen Bestimmungen enthalten, so daß hierdurch die Handhabung der Einfuhrkontingentierung elastischer gestaltet werde.

Nach dem Abschluß des belgisch-holländisch-luxemburgischen Zollabkommens eine weitere wenn auch bescheidene Bresche in den Wall der Absperrungsmaßnahmen!

„Saure Gurkenzeit?“

In Leipzig klebten kürzlich an den Anschlagssäulen große Plakate mit der anspruchsvollen Überschrift: „Aufruf an die Gesamtbevölkerung!“ Aus dem darunter stehenden, kleiner gedruckten Text fielen zwei bezeichnende Schlagzeilen mit großen und dicken Buchstaben in die Augen:

Wir müssen uns selber helfen.

Kauft deutsche Gurken!

Aber nicht nur die Leipziger Gurkenverkäufer sind eifrig darum bemüht, sich lächerlich zu machen. Auch Berlin noch seinen Spaß haben. Dort verbrach die Firma A. HEFTER folgenden

Aufruf!

„Neue saure Gurken“

gibt es aus deutscher Erde erst etwa im Juli. Sofern schon vorher „Neue saure Gurken“ angeboten werden, handelt es sich um Auslandsware, die nicht gekauft werden sollte!

„Deutsche saure Gurken“ gibt es aus der deutschen Ernte 1931 heute noch in ausgezeichneten Beschaffenheit bis zur neuen Ernte im Juli.

Ebenso sind Deutsche Frischgurken aus deutscher Ernte, ausschließlich in deutschen Einlegereien hergestellt, heute noch so knackfest und frisch wie am ersten Tag!

„Neue saure Gurken“ aus Auslandszufuhren sollten daher jetzt nicht gekauft werden!

Helft Devisen sparen!

Konsumenten mit Notverordnungsinkommen wird diese Geschäftsreklame mit ihrer Berufung auf „nationale Belange“ und die Devisennot wenig rühren. Sie werden nach wie vor mit ihrem kümmerlichen Einkommen dort kaufen, wo sie zu billigen Preisen gute Ware bekommen. Die „Gründe“ der Firma HEFTER sind ebenso brüchig wie alt. Wie wenig „knackfest und frisch“ mögen da erst die alten deutschen Gurken sein?
R. H.

Zurück zum Ochsenkarren.

Etwa zu Anfang des Jahrhunderts wurde von Valparaiso, der Hauptstadt von Chile, nach Buenos Aires, der Hauptstadt Argentiniens, eine Eisenbahn gebaut, die das Andengebirge überkreuzt und daher die Verbindung zwischen den beiden Ländern sehr verkürzt. Diese moderne Errungenschaft hat nunmehr ihr Ende gefunden: Einem argentinischen Handelsminister ist es eingefallen, im Interesse der Autarkie die Einfuhr von Vieh aus Chile zu verbieten. Die chilenische Regierung antwortete mit einem Einfuhrverbot für argentinische Waren. — Der Verkehr auf der Eisenbahn schrumpfte ob dieser Schläge mehr und mehr zusammen. Und eines Tages wurde der Verkehr dann völlig stillgelegt. Der Anden-Tunnel wurde versiegelt.

Wie in der „guten alten Zeit“ geht nun die Post von Valparaiso nach Buenos Aires wieder über New York. Für den noch bestehenden Grenzverkehr zwischen den beiden Ländern hat man aber den Ochsenkarren wieder hervorgeholt!

DEUTSCHLAND

Lebenshaltungsindex im Juni 121,4 gegenüber 121,1 im Mai. — Diese Steigerung um 0,2 Prozent ist eine natürliche Folge der Agrarpolitik.

Zinszahlungen der Landwirte: Von einer „Landschaft“ (deren Geschäft es ist, an Landwirte Hypotheken zu geben) erfahren wir: Ende Juni hatten erst 40 Prozent der Hypothekenschuldner die am 1. Juni fällige Halbjahresrate gezahlt. — Die Beamten der Landschaft sind davon „angenehm“ enttäuscht.

Überflüssige Schiffe: Von der Welthandelsflotte liegen rund 19 Prozent auf, von deutschen Schiffen 1,3 Millionen Bruttoregister-Tonnen; das sind 31 Prozent der deutschen Handelsflotte.

ENGLAND

Diskontsenkung: Die Bank von England senkte mit Wirkung vom 30. Juni den Diskontsatz von 2½ auf 2 Prozent. Am 12. Mai war der Diskontsatz von 3 auf 2½ Prozent gesenkt worden. Der Diskontsatz ist der niedrigste seit dem Sommer 1897! — Die Gefahr der Preissteigerung rückt immer näher!

3½ statt 5 Prozent Zinsen auf Kriegsanleihe: Der Schatzkanzler gab bekannt: Die mit 5 Prozent verzinsliche englische Kriegsanleihe werde zum 1. Dezember jedem zurückgezahlt werden, der einen entsprechenden Antrag stellt. Wer die Rückzahlung nicht fordert, erhält ab 1. Dezember 1932 nur noch 3½ statt 5 Prozent Zinsen, außerdem eine einmalige Prämie von 1 Prozent. — Von der in Frage kommenden Kriegsanleihe sind rund 2 Milliarden Pfund Sterling im Umlauf; die jährliche Zinsersparnis beträgt also 80 Millionen Pfund (rund 450 Millionen Mark).